

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 16. Dezember 1958

Blatt 2544

Ehrenmedaille für den Physiker Karl Przibram

=====

16. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat hat gestern einstimmig dem Physiker Univ.Prof.i.R. Dr. Karl Przibram in Würdigung seiner besonderen Verdienste auf wissenschaftlichem Gebiet anlässlich der Vollendung des 80. Lebensjahres die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien verliehen.

Karl Przibram wurde am 21. Dezember 1878 in Wien geboren. Er studierte an den Universitäten Wien und Graz, promovierte 1901 in Graz zum Doktor phil., arbeitete 1902 bis 1903 in Cambridge, habilitierte sich 1905 als Privatdozent für Physik an der Universität Wien, wurde 1916 Titular-a.o.Professor, 1920 Assistent am Radiumforschungsinstitut und 1927 a.o.Professor. Im Jahre 1938 wurde er außer Dienst gestellt und emigrierte 1940 nach Brüssel, von wo er 1946 nach Wien zurückkehrte und 1947 ordentlicher Professor für Physik und Vorstand des II. Physikalischen Institutes wurde. Seit 1947 ist er auch wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Im Jahre 1951 ging er wegen Erreichung der Altersgrenze in Pension.

Die speziellen Arbeitsgebiete Dr. Przibrams sind Kernphysik und die Lumineszenz. Er beschäftigt sich ferner mit den elektrischen Entladungen in Gasen und Flüssigkeiten und mit allen Fragen, welche die Ionen betreffen. So arbeitete er über die Ionenbeweglichkeit in Dämpfen, Kondensation von Dämpfen an Ionen, über die Braun'sche Molekularbewegung nicht kugelförmiger Teilchen, wie über die Fragen der Mineralfärbungen.

Seine publizistische Tätigkeit ist sehr reichhaltig, vor allem sind in den "Sitzungsberichten" der Österreichischen

Akademie der Wissenschaften zahlreiche Arbeiten von ihm erschienen. Von den selbständigen Publikationen sind besonders hervorzuheben: "Radioaktivität", "Die kinetische Theorie der Gase und Dämpfe", "Die elektrischen Figuren", "Die Ionen in Gasen".

Univ.Prof.i.R. Dr. Karl Przibram gehört zu den bedeutendsten österreichischen Physikern und ist sowohl als Lehrer als auch als Forscher einer der geachtetsten Persönlichkeiten unter den österreichischen Wissenschaftlern.

- - -

Personalmeldungen

=====

16. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat hat gestern einstimmig dem Obersenatsrat Dr. Franz Binder für sein ausgezeichnetes und langjähriges Wirken in der städtischen Finanzverwaltung und dem Obersenatsrat Dr. Josef Schwarzl für seine außerordentlichen Verdienste um die Führung der städtischen Wohlfahrts- und Krankenanstalten den Dank und die volle Anerkennung ausgesprochen. Die beiden hervorragenden Beamten der Stadt Wien treten mit Ende dieses Jahres in den Ruhestand.

- - -

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für 1959Gemeinderat hat mit den Budgetverhandlungen begonnen

16. Dezember (RK) Heute vormittag, um 9 Uhr, trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas zu einer Sitzung zusammen. Vor Beratung des Voranschlages wurden mehrere Tagesordnungspunkte, die sich mit verschiedenen Grundtransaktionen, Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen usw. beschäftigten, ohne Debatte angenommen.

Über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1959 referiert sodann Stadtrat Slavik (SPÖ). Vor Besprechung des Voranschlages nimmt er noch zu verschiedenen Beschlüssen, die im Jahre 1958 gefaßt wurden, und die sich auf das Budget 1959 auswirken werden, Stellung. Er verweist auf die Tarifregelung für die Wiener Stadtwerke, die am Anfang des Jahres 1958 beschlossen worden ist. Damit ist ein großes und schwieriges Problem gelöst worden. Es war wohl allen bewußt, daß damit eine Belastung der Wiener Bevölkerung verbunden ist. Aber man war sich auch darüber im klaren, daß diese Tarifregelung eine wesentliche Voraussetzung für die Erstellung des Voranschlages der Stadtwerke war. Es wurden dadurch auch bessere wirtschaftliche Voraussetzungen für die Betriebe geschaffen und die Möglichkeit gegeben, auch bei den Wiener Stadtwerken großzügige Investitionen durchzuführen. Ein weiterer großer Beschluß des Wiener Gemeinderates war die Sicherstellung der Vorfinanzierung für den Bau der Schnellbahn. Es hat sich hier um einen verhältnismäßig großen Betrag von 650 Millionen Schilling gehandelt. Es ist zu hoffen, daß im kommenden Berichtsjahr die ersten Schnellbahnzüge von Floridsdorf bis zum Hauptzollamt verkehren werden und der Weiterbau der Schnellbahn im gleichen Tempo vor sich gehen wird. Auch auf dem Gebiete der Finanzierung des Neubaus des Allgemeinen Krankenhauses konnte mit dem Finanzministerium eine Einigung erzielt werden, und zwar sollen die Kosten 50 : 50 geteilt werden. Man nimmt vorläufige Gesamtbaukosten von 700 Millionen Schilling an. Es ist mit einer Bauzeit von ungefähr sechs bis sieben Jahren zu rechnen. In ver-

hältnismäßig kurzer Zeit wurde eine neue Wiener Wohnbauaktion beschlossen, die außer dem kommunalen Wohnungsbau den Bau von zusätzlich zehntausend Wohnungen mit Hilfe von Annuitätenzuschüssen ermöglichen wird. Die "Neue Wiener Wohnbauaktion" wird in kurzer Zeit anlaufen.

Mit dem Finanzministerium werden seit sieben oder acht Monaten Verhandlungen über einen neuen Finanzausgleich geführt. Dieser Finanzausgleich soll auf fünf Jahre abgeschlossen werden und dadurch alle Körperschaften krisenfester und sicherer machen. Auch die Planungsmöglichkeiten der einzelnen Städte und Gemeinden würden dadurch wesentlich verbessert werden.

In Wien werden auch im kommenden Jahr wieder große Probleme zu lösen sein. Es ist mit neuen Verkehrsbauten zu rechnen. Vom Stadtplaner bereits ausgearbeitete Projekte werden viele hunderte Millionen Schilling kosten. Vorerst muß allerdings das Problem des Autobahnbaues gelöst werden. Durch die Stadt Wien wurde ein Entwurf ausgearbeitet, der derzeit im Handelsministerium liegt. Es ist zu hoffen, daß man zu einer einheitlichen Auffassung kommt, damit der Bau der Autobahn nicht nur in den Bundesländern, sondern auch in Wien durchgeführt werden kann. Für die Stadt Wien ergibt sich das Problem der Schaffung entsprechender Zubringerstraßen.

Stadtrat Slavik kommt sodann auf die günstige Auswirkung der Tätigkeit der Stadt Wien auf die Gesamtentwicklung der österreichischen Wirtschaft zu sprechen, die sich auch in der Zahl der Beschäftigten bemerkbar macht. Im Jahre 1952 hatten wir in Wien 629.719 Beschäftigte, im Jahre 1957 waren es bereits 725.660. Es ist zu hoffen, daß diese Steigerung weiter anhält. Mit Stolz dürfe auch auf die steigende Geburtenziffer verwiesen werden. Auch die Zuwanderungen nehmen ständig zu. Diese Tatsachen freuen die Stadtverwaltung außerordentlich, wenn sie auch überzeugt ist, daß ihr dadurch schwierige Probleme erwachsen. Mit Freude kann auch die steigende Zahl der Fremden, die Wien besuchen, begrüßt werden. Die Ausländer bewundern immer wieder, in welcher schöner Form unsere Stadt nach den schweren Zerstörungen des Krieges wiedererstanden ist.

Was die Wirtschaftspolitik der Stadt anbelangt, darf darauf verwiesen werden, daß die Verwaltung dieser Stadt ständig bemüht ist, wirtschaftlich und sparsam zu sein.

Diese Politik des Verantwortungsbewußtseins, der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit hat dazu geführt, daß die Stadt in den vergangenen Jahren Rücklagen ansammeln konnte, die heute eine wesentliche Stütze unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik geworden sind. Wohl haben die Rücklagen in den letzten drei Jahren eine Verringerung erfahren; immerhin betragen sie aber noch 634 Millionen Schilling. Man wird sich auch im kommenden Jahr bemühen, diese Rücklagen zu hüten und zu wahren, weil sie eine Voraussetzung für eine gedeihliche Wirtschaftspolitik sind und der Stadt Wien eine wirtschaftliche Kraft geben, die es ermöglicht, große Probleme erfolgreich zu lösen.

Großen Wert hat die Stadtverwaltung auch auf die Erhaltung des Arbeitsfriedens bei den Gemeindeangestellten gelegt. Durch die Lösung des Problems des 14. Monatsgehaltes wurde eine wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung dieses Arbeitsfriedens bei der Hoheitsverwaltung und in den Unternehmungen geschaffen. Die Stadtverwaltung hofft, daß auch in Zukunft weitere Versuche der Verwaltungsvereinfachung und Rationalisierung erfolgreich durchgeführt werden können und der Verwaltungsaufwand nicht steigt.

Bei der Erstellung des Budgets für 1959 galt wieder als oberster Grundsatz, alles zu tun, um die Vollbeschäftigung in unserer Stadt aufrechtzuerhalten und damit einen wesentlichen Beitrag für die Vollbeschäftigung in ganz Österreich zu leisten. Wenn die Auftraggebung der Stadt Wien auch die Wiener Betriebe bevorzugt, wirkt sie sich trotzdem auch auf die Bundesländer sehr günstig aus. Die große Investitionstätigkeit der Bundeshauptstadt kommt auch der Republik zugute. Durch die Investitionstätigkeit der Stadt Wien werden der Wirtschaft im kommenden Jahr rund 3 Milliarden Schilling zufließen. (Beifall bei der SPÖ). Beträchtliche Mittel konnten auch wieder für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Es liegen hierfür 750 Millionen Schilling bereit. Mit diesem Betrag können zirka 8.500 Wohnungen gebaut werden. (Beifall bei der SPÖ). Es muß alles darangesetzt werden, über den kommunalen Wohnungsbau hinaus, auch den genossenschaftlichen und den Eigenheimbau zu fördern, damit bald alle Wiener schöne und gesunde Wohnungen haben.

Weitere Probleme der Stadtverwaltung sind die soziale Betreuung der Bevölkerung, angefangen vom Kindergarten bis zum Altersheim, die Linderung jeder Notlage und schließlich auch die Lösung des Verkehrsproblems.

Stadtrat Slavik verweist darauf, daß auch heuer nur ein ordentliches Budget erstellt wurde. Die Beseitigung der Kriegsschäden hat starke Fortschritte gemacht, sodaß ein außerordentliches Budget nicht mehr notwendig ist.

Es ist nicht daran gedacht ein Zusatzprogramm zu machen. Die Stadt Wien muß außerordentlich sparsam wirtschaften. Der erste Budgetentwurf, der vorgelegt wurde, hat einen Abgang von 1.013,000.000 Schilling vorgesehen. Es war daher notwendig, vorerst Korrekturen vorzunehmen. Es wurden vor allem jene Projekte aus dem Budget gestrichen, die 1959 nicht tatsächlich ausgeführt werden können. Sollten Projekte im Verlaufe des Jahres zur Ausführung reif werden, werden sie sofort dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Hier ist vor allem an den Umbau des Karlsplatzes und der Schottentor-Kreuzung gedacht. Eine einzige Ausnahme wurde beim Allgemeinen Krankenhaus gemacht. Hier sind im Budget bereits 30 Millionen Schilling eingesetzt, obwohl man annehmen muß, daß dieser Betrag heuer noch nicht verwendet werden kann. Kommt man im Verlaufe des Jahres darauf, daß diese 30 Millionen noch nicht für den Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses verbraucht werden können, werden sie anderweitig verwendet.

In langen Verhandlungen ist es uns gelungen, so fuhr Stadtrat Slavik fort, ein ausgeglichenes Budget zu erstellen. Ich möchte nicht versäumen, allen Beamten, die Wochen hindurch schwere Verhandlungen geführt haben, zu danken, aber auch allen Amtsführenden Stadträten, weil sie mitgeholfen haben, zu diesem ausgeglichenen Budget zu kommen.

Die Gesamteinnahmen betragen 5.279,4 Millionen Schilling, die Ausgaben 5.445,9 Millionen Schilling, sodaß sich ein Abgang von 166,5 Millionen Schilling ergibt, das sind 3,06 Prozent der Ausgaben. Allerdings konnte diesmal die Belastung durch die Sonderzahlung für heuer mit 18 Millionen und für das nächste Jahr mit 50 Millionen im Budget noch nicht vorgesehen werden.

Die Steigerung beim Budget um rund eine Milliarde könnte dazu verleiten anzunehmen, daß Einnahmen und Ausgaben um fast 25 Prozent gestiegen sind; das trifft deshalb nicht zu, weil Durchlauferposten in das Budget aufgenommen wurden - Kreditaktionen für die Stadtwerke, die bei den Kreditinstituten nicht als Kreditnehmer auftreten, und für die Bundesbahnen zum Ausbau der Schnellbahn -, die in Wirklichkeit keine echte Ausdehnung des Budgets bedeuten. Läßt man diese Kreditaktionen außer Betracht, dann steigen die Ausgaben gegenüber den Ansätzen 1958 um 12 Prozent und die Einnahmen um 11,4 Prozent.

Die wichtigsten Gemeindeabgaben sind die Gewerbesteuer, aus der 820 Millionen Schilling erwartet werden, die Lohnsummensteuer mit 225 Millionen, die Grundsteuer mit 124 Millionen, die Vergnügungssteuer mit 80 Millionen, die Getränkesteuer mit 105 Millionen und die Anzeigenabgabe mit 25 Millionen Schilling. Von den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten werden 479 Millionen erwartet.

Die Ausgaben gliedern sich in den Personalaufwand mit 1.497 Millionen, den Sachaufwand mit 1.851,1 Millionen, den Investitionsaufwand mit 1.210,1 Millionen und Darlehen, einschließlich der Durchlauferposten mit 887,7 Millionen. Beim Vergleich mit dem laufenden Jahr ergibt sich bei Ausscheiden der Durchlauferposten eine Senkung des Personalaufwandes von 33,1 Prozent auf 32,8 Prozent. Es ist zu hoffen, daß auch dieser Prozentsatz weiter zurückgehen wird, weil anzunehmen ist, daß man auf verschiedenen Gebieten noch zu höheren Leistungen kommen kann. Der Sachaufwand macht 40,6 Prozent aus, der Investitionsaufwand 26,6 Prozent.

Der Personalstand weist eine Steigerung um 398 Posten auf. Die Vermehrung ist hauptsächlich auf den Bedarf der Anstalten, vor allem der Spitäler zurückzuführen. 280 Posten sind für Stationsgehilfinnen vorgesehen, was eine Erleichterung für die diplomierten Schwestern bringen soll. Der Aktivstand wird mit 33.662, der Stand der Pensionisten mit 14.900 angenommen.

./.

Der Referent bespricht hierauf die einzelnen Verwaltungsgruppen, wobei er sich bei der Gruppe Finanzen mit dem Problem des Finanzausgleichs beschäftigte und auf den Versuch zu sprechen kam, nunmehr im Verhandlungswege einen Finanzausgleich für fünf Jahre abzuschließen. Das würde alle Gebietskörperschaften krisenfester machen und sich auf die Budgets vor allem der Gemeinden und Länder, aber auch des Bundes vorteilhafter auswirken, weil sie im vorhinein wüßten, wie sich das Ergebnis der gemeinschaftlichen Abgaben entwickeln wird. Der Wunsch der Gemeinden und Länder ging dahin, jährlich etwa 300 Millionen Schilling mehr zu bekommen. Bei den bisherigen Verhandlungen konnte nicht erreicht werden, daß den Gemeinden und Ländern dieser Betrag sofort zur Verfügung stehen wird, sondern für 1959 wäre ein Mehr von zirka 152 Millionen vorgesehen, das sich im Verlaufe von vier Jahren auf insgesamt 310 Millionen erhöhen würde. Es bleibt noch das große Problem der Unterverteilung offen. Es ist aber zu hoffen, daß auch dabei eine Einigung erzielt werden kann, weil dann der neue Finanzausgleich, der grundlegende Veränderungen bringt, am Beginn des kommenden Jahres in Kraft gesetzt werden könnte.

Bei der Gruppe Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung ist ebenfalls eine Erhöhung des Betrages um 14 Millionen Schilling vorgesehen. Von den Gesamtausgaben von 334 Millionen entfallen 302 Millionen auf Schulen und 32 Millionen auf kulturelle Angelegenheiten. Bei der Post von 58 Millionen für die Stadthalle geht es nicht um einen neuen Betrag, sondern um die kassenmäßige Sicherstellung der bereits geschlossenen Beträge.

Beim Kapitel Wohlfahrtswesen, für das Ausgaben von 389 Millionen, somit um sieben Millionen mehr als im laufenden Jahr, vorgesehen sind, gab Stadtrat Slavik die Versicherung, daß alle Fürsorgeleistungen fortgesetzt werden. Die Post Ausgleichszulagen nach dem ASVG, für die 1959 55 Millionen vorgesehen sind, würde, falls der neue Finanzausgleich wirksam wird, künftig die Gemeinden nicht mehr belasten, weil die Ausgleichszulage dann vom Bund geleistet wird.

Stadtrat Slavik machte neuerlich auf die Diskrepanz zwischen Spitalskosten und den Beiträgen der Privatpatienten, bzw. der Kassen aufmerksam und vertrat die Meinung, daß es nicht nur Auf-

gabe der Krankenversicherung sein kann, für die notwendigen Beträge aufzukommen, sondern daß dies eine Aufgabe der gesamten Bevölkerung ist und daher der Staat dafür zu sorgen hätte.

Bei der Besprechung des Bauwesens hob der Referent vor allem den Wohnhausbau hervor, der mit 1.071 Millionen Schilling eingesetzt ist. Die Stadt Wien wird auch dafür sorgen, daß der Straßenbau im kommenden Jahr entsprechend fortgesetzt werden kann. 149 Millionen sind dafür wieder eingesetzt. Für den Brücken- und Wasserbau sind 89 Millionen vorgesehen, für die Gärten 71 Millionen, für die öffentliche Beleuchtung 51 Millionen. Das sind um 27 Millionen mehr als heuer. Wir haben uns ein Vierjahresprogramm zurechtgelegt, um die Gasbeleuchtung systematisch auf elektrische Beleuchtung umzustellen. Man muß bedenken, daß die Erhaltung einer elektrischen Lampe jährlich 120 Schilling kostet, eine Gaslaterne jedoch 960 Schilling. Dabei, so betonte der Redner, habe er Verständnis dafür, daß viele junge Menschen in den Parkanlagen lieber die Gasbeleuchtung haben. (Vizebürgermeister Weinberger: Er hat Verständnis, er ist ja noch sehr jung!)

Bei der Gruppe Öffentliche Einrichtungen rechnet man mit Ausgaben von 515 Millionen; um 66 Millionen mehr. Bei den Wasserwerken bemerkte der Referent, daß die Stadt Wien jede Quelle, die irgendwo käuflich ist, erwirbt. Trotzdem gibt es noch zu wenig Wasser, weil die Wiener immer mehr verbrauchen. Das ist an und für sich kein Nachteil, aber leider könne die Stadtverwaltung nicht genug Wasserrechte erwerben.

Für die Müllverbrennungsanlage sind 1,5 Millionen Schilling eingesetzt. An dem Projekt wird derzeit gearbeitet. Die gesamte Anlage wird voraussichtlich 170 Millionen Schilling kosten.

Die Wohnhäuserverwaltung ist zum ersten Male mit einem Überschuß von 7,4 Millionen aktiv.

Die Gruppe Wirtschaftsangelegenheiten rechnet mit einem Gesamtaufwand von 133 Millionen. In diese Gruppe gehört auch das Problem der Verlegung des Naschmarktes. Der Referent sagte, er hoffe, daß man in absehbarer Zeit zu einer Lösung kommen werde.

In der Allgemeinen Verwaltung beträgt der Aufwand 187 Millionen, davon entfallen auf die Feuerwehr 74 Millionen. Für Grunderwerbungen sind 70 Millionen, um 20 Millionen mehr, vorgesehen. Wir wissen jedoch schon jetzt, daß diese 70 Millionen kaum aus-

reichen werden. Mit dem Geld sollen vor allem Gründe zur Ausführung des Wohnbauprogrammes sichergestellt werden.

Zum Abschluß führte Stadtrat Slavik aus, er glaube sagen zu können, daß man sich auch diesmal bemüht habe, ein Budget zu erstellen, das allen wirtschaftlichen Erfordernissen unserer Stadt gerecht wird. Wir werden uns auch im Jahre 1959 bemühen, all das zu erfüllen, was wir der Wiener Bevölkerung versprochen haben. Wir wollen den Armen helfen und dem Volke dienen! Wir sehen unsere Aufgabe darin, die Existenz möglichst vieler Menschen in unserer Stadt zu sichern und unsere Stadt immer schöner zu machen! Wir sehen unsere Aufgabe ferner darin, dafür Vorsorge zu treffen, daß die Bevölkerung immer mehr am kulturellen Aufstieg teilnehmen kann, daß der soziale Fortschritt in unserer Stadt gesichert ist! (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Stadtrat Slavik stellte hierauf die formellen Anträge zur Annahme des Voranschlagsentwurfes für 1959. Er glaube, daß der Gemeinderat den Voranschlag mit ruhigem Gewissen seine Zustimmung geben könne. Die Wiener Bevölkerung aber solle die Tätigkeit des Gemeinderates prüfen und sie dann beurteilen. Er sei überzeugt, daß das Urteil gut für den Wiener Gemeinderat ausfallen wird. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Die Debatte

Als erster Debattenredner spricht GR. Lauscher (VO). Das Budget, so meint er, vernachlässigt entscheidende Bedürfnisse und Wünsche der arbeitenden Bevölkerung Wiens. Die Verwaltung der Gemeinde hat weitgehenden Einfluß auf das Leben der arbeitenden Menschen dieser Stadt. Wenn aber heute behauptet wird, daß das Leben in Wien schöner geworden ist, so wird verschwiegen, daß die Arbeitskraft durch die steigende Arbeitsintensität und die geleisteten Überstunden einer raschen Abnützung unterworfen ist. Die Gemeinde Wien hat daher die Aufgabe, den arbeitenden Menschen das Leben zu erleichtern. Eine der entscheidenden Grundlagen hierfür ist die Wohnung. Der Redner wendet sich daher gegen die Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung und polemisiert gegen die Hausherrn und gegen die ÖVP, die deren Interessen vertritt. Es sei eine wahre Schande, was sich auf diesem Gebiet in Wien tue. Aber auch die

Gemeinde Wien arbeite für die Hausherren, wenn sie für die besser ausgestatteten Gemeindewohnungen höhere Zinse verlangt. Sie verläßt damit den Weg des sozialen Wohnungsbaues. Der Redner kritisiert auch, daß im kommenden Jahr um tausend Gemeindewohnungen weniger gebaut werden sollen. Er fordert eine geeignete Wohnraumbewirtschaftung und objektive Verteilung, wirksame Maßnahmen gegen den Wohnungswucher und andere Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnungssituation, wie langfristige Kredite zu niedrigem Zinsfuß für den Bau von genossenschaftlichen Wohnungen. (Stadtrat Heller (SPÖ): Ohnehin nur zwei Prozent auf 80 Jahre!)

Der Redner beschäftigt sich dann mit der Verkehrssituation und wirft der Gemeindeverwaltung vor, die städtischen Verkehrsmittel nicht rechtzeitig modernisiert zu haben. Überhaupt seien die Fußgänger Stiefkinder der Gemeindeverwaltung. Der Schutz der Passanten auf Zebrastreifen müsse gesetzlich verankert werden. Die Tarife müßten nach sozialen Grundsätzen erstellt werden. Überhaupt sei ein Generalverkehrsplan zur Koordinierung aller Erfordernisse auf diesem wichtigen Gebiet notwendig. Der Redner bezeichnet die Fürsorgeeinrichtungen und den Gesundheitsdienst als ungenügend, urgiert den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses und die Errichtung eines Altersspitales.

Im folgenden beschäftigt sich GR. Lauscher mit der Benachteiligung Wiens durch den Finanzminister. Kamitz habe es ausgezeichnet verstanden, Aufgaben des Bundes auf das Land Wien abzuwälzen. Wien ist sozusagen die Melkkuh des Finanzministers. Auch im neuen Finanzausgleich dürfte Wien weiter schwer benachteiligt bleiben.

GR. Lauscher kritisiert sodann das Fernbleiben der ÖVP bei der Republikfeier und ihre Unterhandlungen mit Otto Habsburg. Er erachtet es als Aufgabe der Mitglieder des Wiener Gemeinderates, die Rückkehr Otto Habsburgs zu verhindern und stellt namens seiner Fraktion einen diesbezüglichen Resolutionsantrag. Wien habe auf Grund seiner geographischen Lage Mittlerin zwischen West und Ost zu sein. Unter dem Schlagwort von der sogenannten europäischen Mission Wiens verberge sich jedoch die Auffassung, daß unsere Stadt in der vordersten Reihe im Kampfe gegen die sozialistischen Nachbarländer und der Sowjet-Union stehen muß.

Die gewählten Vertreter unserer Stadt seien nach der Verfassung verpflichtet, die Interessen der Gemeinde allseitig zu wahren und für ihre Befriedigung durch gesetzliche Mittel zu sorgen. Zur Wahrung dieser Interessen gehöre auch der Kampf um ein Verbot aller Kernwaffen und Atombomben. Wien brauche eine Politik, die entschlossen die Interessen der arbeitenden Menschen dieser Stadt vertritt. Wien brauche eine grundlegende Änderung in der Finanzpolitik und den Kampf gegen die Benachteiligung durch den Finanzminister. Die Wiener Wohnungssuchenden und jungen Ehepaare wünschen ein energisches Vorgehen gegen den Wohnungswucher und eine rasche Beseitigung der Wohnungsnot. Die Arbeiter und Angestellten brauchen einen gesicherten Arbeitsplatz. Die Eltern müssen in ihrem Bestreben, die Kinder vor Schmutz und Schund zu bewahren, von der Stadtverwaltung ausreichend unterstützt werden.

GR. Dr. Dkfm. Fiedler (ÖVP) kritisiert, daß der Voranschlag wie in allen vergangenen Jahren auch heuer ohne die Mitarbeit der gewählten Vertreter des Gemeinderates erstellt wurde. Es ist wieder ein Routinebudget der Büros und der Amtsführenden Stadträte. Der Redner erhebt namens seiner Fraktion die Forderung nach Schaffung eines Budgetausschusses, ähnlich wie er bereits im Parlament besteht. Er erklärt, der gesamte finanzielle Machtapparat der Stadt Wien sei darauf ausgerichtet, nur die Leistungen der Mehrheit dieses Hauses herauszustreichen. Die Sozialisten forderten wiederholt eine öffentliche Ausschreibung der Stellen. Er vermisse jedoch, daß die Mehrheit dieses Hauses in der Wiener Gemeindeverwaltung in Durchführung ihrer eigenen Vorschläge ein System zur objektiven Untersuchung der Eignung bei Stellenvergaben erstellt hätte. Auch für Wohnungszuweisungen gebe es kein Gremium; es entscheide allein der Amtsführende Stadtrat.

Der Redner kommt sodann auf wirtschaftliche Fragen zu sprechen. Er stellt fest, daß sich seine Fraktion durch Jahre hindurch gegen die völlig unwirtschaftliche und unrichtige Finanzpolitik der Sozialisten gewendet habe. Seine Fraktion vertrete den Standpunkt, daß es unmöglich sei, alle Aufgaben einer so großen Stadt aus den Steuermitteln einer einzigen Generation finanzieren zu wollen. Erfreulicherweise habe der neue Finanzreferent bei den gemeinsam ausgearbeiteten Tarifregulierungen verschiedenen Vorschlägen der Österreichischen Volkspartei Rechnung getragen.

Seine Fraktion habe bereits im Mai 1954 dem Gemeinderat einen wohlbegründeten Antrag, betreffend Aufnahme von Anleihen und Durchführung von Kreditoperationen, vorgelegt. Stadtrat Nathschläger habe 1956 ein sehr überlegtes und gut ausgearbeitetes Investitionsprogramm für die Stadtwerke mit einem Ausmaß von 2,2 Milliarden ausgearbeitet, dem ein solches mit 350 Millionen im Jahre 1957 folgte. Im Frühjahr dieses Jahres wurde schließlich ein neues in einer Höhe von 1.250 Millionen Schilling vorgelegt, das im Juni als Fünf-Jahres-Investitionsprogramm vom Wiener Gemeinderat beschlossen wurde. Damit wurde zum ersten Mal der Standpunkt seiner Fraktion, für größere einmalige Investitionen die auch künftigen Generationen von Nutzen sein werden, langfristige Kredite aufzunehmen, Rechnung getragen. Zum Unterschied zur ersten Tarifregulierung, die der Redner als nicht gerechtfertigt bezeichnet, und gegen die sich seine Fraktion entschieden stellte, konnte sie der zweiten Tarifregulierung, wenn auch nicht leichten Herzens, ihre Zustimmung geben. Sie erhob jedoch die Forderung nach Tarifgerechtigkeit, also Kurzstreckentarif usw. Erst als alle grundsätzlichen und auch viele praktische Forderungen anerkannt und erfüllt werden konnten, gab seine Fraktion die Zustimmung.

In einem Interview mit dem Neuen Kurier habe Stadtrat Slavik erklärt, daß in den nächsten fünf Jahren mit einem Investitionsbedarf für die Stadt Wien von acht bis zehn Milliarden gerechnet wird. Bezüglich der finanziellen Bedeckung heißt es, daß daran gedacht wird, hierfür Auslandsanleihen aufzunehmen. Hiedurch wurde ein weiterer Beweis geliefert, daß man gewillt ist, auf dem neuen Geleise der Wiener Finanzpolitik weiterzufahren.

Man kann mit Berechtigung von einem Rekord-Budget sprechen. Der Umstand, daß das Budget für 1959 auf durchaus optimistischen Annahmen beruht, berechtigt wohl zu der Feststellung, daß hierin ein klarer und eindeutiger Ausdruck der Auswirkung der erfolgreichen Finanzpolitik des Finanzministers Dr. Kamitz zu sehen ist. (Beifall bei der ÖVP - Zwischenrufe bei der SPÖ).

Das Anhalten der Wirtschaftskonjunktur konnte nicht einmal der Redner der kommunistischen Fraktion in Abrede stellen. Die Finanzverwaltung der Stadt anerkennt also die Auswirkungen der erfolgreichen Wirtschaftspolitik Raab-Kamitz. (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP - Heiterkeit bei SPÖ).

Der Redner nahm sodann zur Frage der Gewerbesteuer Stellung und führte an Hand umfangreichen Zahlenmaterials aus: Die enorme Steigerung des Gewerbesteueraufkommens veranlaßt mich, neuerdings auf die schwere, drückende Belastung der Klein- und Kleinstgewerbetreibenden durch diese Steuer hinzuweisen. Die wiederholte Senkung der Einkommensteuer führte dazu, daß die Klein- und Kleinstgewerbetreibenden wesentlich mehr Gewerbesteuer als Einkommensteuer zu zahlen haben. Es ist nun wirklich höchste Zeit, zu einer Gewerbesteuerreform zu gelangen. (Beifall bei der ÖVP). Auch ein Vertreter des freien Wirtschaftsverbandes, Gemeinderat Jodlbauer, sah sich veranlaßt, eine gleiche Forderung zu erheben. In dieser verspäteten Erkenntnis ist sicherlich auch eine Auswirkung des New look der Wiener Finanzpolitik der Mehrheitspartei zu sehen. Man kann dies mit den Worten quittieren: Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt! (Beifall bei der ÖVP).

GR. Dr. Fiedler kam dann auf die Verpflichtung Wiens als Kulturstadt zu sprechen, welchen Ruf die Stadt nicht auf Grund einer Kollektivleistung, sondern auf Grund der Werke jener Menschen erreichte, die in echt österreichischem Geist ihr Wissen und Können in den Dienst wahrer Kultur stellten. Diese Stellung unserer Stadt verpflichtet, aber das Budget der Stadt trägt dem nur in bescheidenem Maße Rechnung. So hat die Musik- und Theaterstadt Wien noch immer kein eigenes Stadtorchester. Das Stadttheater dient anderen Zwecken. Auch die Wiener Festwochen könnten ohne die tatkräftige und materielle Hilfe des Bundes ihr Auslangen nicht finden. Ebenso läßt die Heranbildung des Musiknachwuchses viele Wünsche offen. Die Kulturleistung des Kulturamtes der Stadt Wien sollte einen besseren Eindruck auf die Jugend machen.

Die Budgetmittel sollten für wirkliche kulturelle Werte und nicht zur Schaffung von Kulturfassaden ausgegeben werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Weiter verweist der Redner auf die hohen Zuschüsse der Gemeinde für die Spitäler und erklärt: Die Gemeinde Wien trägt zu den Leistungen der Krankenkassen in erheblichem Maße bei. Es erhebt sich die Frage, ob es nicht die erste Pflicht der Krankenkassen wäre, ihre Mitglieder im Falle einer Krankheit voll zu versorgen und für die Kosten, die diese Krankheit verursacht, ganz aufzukommen. Wann sollten denn die Krankenkassen für ihre Mitglieder aufkommen, wenn nicht im Falle einer schweren Erkrankung, die einen Krankenhausaufenthalt notwendig macht? Es ist doch sicherlich wichtiger für die Gesundung der kranken Menschen vorzusorgen, als Verwaltungspaläste und Ambulatorien zu erbauen, die dann nicht einmal ausgenützt werden. (Beifall bei der ÖVP - Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Auch bei der Stadtplanung und bei der Wohnbaupolitik wurde der Versuch unternommen, neue Wege zu beschreiten. Im Sommer trat der neue Stadtplaner Prof. Rainer sein Amt an. Bedauerlicherweise gehören er und seine Mitarbeiter nicht zur Verwaltungsgruppe VII, worin meine Fraktion keine zweckmäßige Entscheidung sieht. Es wäre sicher besser, wenn man die Planung und Baudurchführung zwei getrennten Ressorts überließe, um auf diese Weise einer möglichen Betriebsblindheit vorzubeugen. (Stadtrat Afritsch (SPÖ): Zuerst waren Sie gegen Rainer, jetzt wollen Sie ihn wieder haben; man kennt sich bei Ihnen wirklich schwer aus! - Heiterkeit.) Man muß sich den Tatsachen anschließen, Herr Stadtrat, und immer im Interesse der Gesamtheit das Wesentliche sehen und daraus die Folgerungen ziehen. Prof. Rainer hatte zweifellos recht, wenn er in der Öffentlichkeit auf gemachte Fehler bei der Wohnbaufinanzierung hinwies und die verfahrenere Situation klar aufzeigte. In erster Linie wird der neue Stadtplaner ein großes Konzept für die Ausbreitung der Stadt mit den neuzuschaffenden Wohnbauvierteln zu erstellen haben. Dabei sollte der Norden jenseits der Donau nicht überschen werden, wo sicher genügend Bauland zur Verfügung steht und wodurch einmal die Donau mehr in die Mitte der Stadt rücken würde. Der Schutz des Wald- und Wiesengürtels wird den Stadtplaner ebenso zu befassen haben wie notwendige und vielfach

anerkannte Reformen des städtischen Baustils. Meine Fraktion hat auch seit langem die Forderung erhoben, daß aus den Mitteln der Stadt nicht nur gemeindeeigene, sondern auch Wohnungseigentums- und Genossenschaftsbauten gefördert werden sollen. (Beifall bei der ÖVP.) Die Neue Wiener Wohnbauaktion zeigt eine weitgehende Berücksichtigung unserer Forderung. Auch hier werden vom neuen Finanzreferenten neue Finanzierungswege beschritten, die unter seinem Vorgänger unseres Erachtens unmöglich gewesen wären. Der seinerzeit vielfach als Schwindel bezeichnete Wohnungseigentumsbau hat sich jetzt endgültig durchgesetzt. (Beifall bei der ÖVP.) Die Neue Wiener Wohnbauaktion hat klar gezeigt, daß jetzt die Mehrheit des Wiener Gemeinderates erkannt hat, daß sie sich diesen sozial-fortschrittlichen Wohnungsbau nicht länger verschließen darf.

Auch in der städtischen Mietzinspolitik brachte das Jahr 1958 eine Wandlung. Freilich getraute sich die SPÖ die Nachricht von der Mietzinserhöhung bei besser ausgestatteten Wohnungen ihren Anhängern und Wählern in der Arbeiter-Zeitung nur auf Seite 4 vorzulegen.

Eine zweite wichtige Aufgabe des Stadtplaners bestehe in der Mitwirkung an der Erstellung eines Generalverkehrsplanes. Man hat damit begonnen, eine Reihe von Straßenzügen und Plätzen in verkehrsmäßiger Beziehung zu verbessern; die Straßenbahn wurde als traditionelles Wiener Verkehrsmittel in einer Reihe von Straßenzügen in die Mitte verlegt. Aber solche Maßnahmen schufen nur eine verhältnismäßig kurze Atempause. (Bürgermeister Jonas: Herr Gemeinderat, ich habe ein besseres Gedächtnis als Sie: Als wir mit dem Umbau der Mariahilfer Straße begonnen haben, war es gegen den Widerstand der Österreichischen Volkspartei!) Leider werden die 120 Millionen für den Umbau der Mariahilfer Straße in wenigen Jahren vertan sein, weil wir nicht umhin können, die Straßenbahn in eine andere Ebene zu verlegen. (Bürgermeister Jonas: Beides stimmt nicht, weder der Betrag noch die Zahl der Jahre ist richtig.) Wir haben immer erklärt, daß man gleich von vornherein überlegen soll, ob es nicht vernünftiger wäre, definitive Lösungen zu finden. Weil derartige Lösungen nicht improvisiert werden können, forderte meine Fraktion einen Generalverkehrsplan. Bedauerlicherweise ist es bisher noch nicht dazu gekommen. Es werden

./.

daher noch verschiedene künftige Lösungen den Charakter des Improvisierten tragen. Hierbei wollen wir hoffen, daß man aus den Fehlern der Vergangenheit die Konsequenzen zieht. Wir haben den Eindruck, daß nunmehr auch die Mehrheit einsieht, daß die Straßenbahn in Zukunft den kürzeren ziehen wird. Die Volkspartei ist mit Recht darauf stolz, daß es ihrem konsequenten Drängen gelungen ist, in dieser Beziehung einen sichtbaren Wandel zu schaffen.

Die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene mußte heuer erstmals von der Sozialistischen Partei anerkannt werden. Es ist um jeden Tag schade, der verloren geht. Die Erfordernisse der Zeit bringen es mit sich, daß sich hier die Gesamtheit der gewählten Vertreter der Wiener Bevölkerung zu einer klaren, großzügigen und richtigen Lösung des Verkehrsproblems bekennt: zur zweiten Verkehrsebene! (Beifall bei der ÖVP). Steigen Sie doch endlich um in die zweite Ebene! (Stadtrat Slavik: Wir bleiben an der frischen Luft!)

Der Redner vergleicht dann das Projekt einer U-Bahn mit dem Projekt der Autobahn. Damals hatte man den Autobahnbau als einen Aprilscherz der ÖVP bezeichnet. Heute ist ein beachtlicher Teil Wirklichkeit geworden. (Stadtrat Heller: Es ist ja auch ein Aprilscherz! Lebhaftes Gegenrufe bei der ÖVP. Vizebürgermeister Weinberger: Es ist eine Schande, daß der Stadtrat für Bauwesen von Aprilscherz spricht! Stadtrat Heller antwortet durch Gesten, mit denen er den stückweisen Ausbau der Autobahn andeutet und wiederholt: das ist ein Aprilscherz! GR. Mühlhauser: Sie haben hier gar keine Zwischenrufe zu machen, Sie sind kein gewählter Mandatar! Gegenrufe bei der SPÖ: Jetzt werden sie Demokraten!)

Der Vorsitzende GR. Ing. Arch. Lust betätigt wiederholt die Glocke und ersucht, den Redner nicht immer zu unterbrechen. GR. Dr. Fiedler fährt hierauf in seinen Ausführungen fort und meint, wenn West-Berlin eine neue Trasse errichten konnte, so sollte in Wien doch endlich mit der ersten Trasse begonnen werden. (Erneut heftige Zwischenrufe bei der SPÖ: Wer bezahlt es denn in Berlin? Der Bund bezahlt es!) Der Redner hält den Zwischenrufern entgegen, daß der Vergleich völlig danebengehe, weil die Verwaltung in Berlin anders organisiert sei. (Stadtrat Afritsch: Von den Finanzen West-Berlins haben Sie gar keine Ahnung! GR. Mühlhauser: Afritsch, das große Finanzgenie der Stadt Wien! Bürgermeister Jonas: Die Berliner Arbeit steht im Bundesbudget, nicht im Gemeindebudget!) ./.

Der Redner vertritt im weiteren die Forderung auf Errichtung von Schnell- und Expresstraßen, besonders im Hinblick darauf, daß sich Wien für die Olympiade und die Weltausstellung bewerben will. Brüssel könne hier als Vorbild gelten. Auch mit dem ruhenden Verkehr muß sich der Generalverkehrsplan befassen. Das entscheidende Problem ist die Schaffung von Parkraum in der Inneren Stadt.

Eine Stadt wie Wien kann sich in ihrem Budget nicht nur auf die Verwaltung, auf Kultur-, Bau- und Verkehrsprobleme beschränken. Ihr stehen auch andere Aufgaben zu. Eine Gemeinde umfaßt den ganzen Menschen und nicht nur seine materiellen Erfordernisse. Aber wie der Staat, so darf auch die Stadt nach Auffassung seiner Partei nicht Herrscher und Beherrscher, sondern muß Helfer und Freund sein. Für die ÖVP ist Wien mehr als irgend eine Stadt. Für sie war und ist sie ein lobendiger, seit Jahrhunderten gewachsener Organismus. (Zwischenrufe bei SPÖ: Phrasendrescherei!) Wie sehr seine Überlegungen berechtigt seien, meint der Redner, zeigen die Erfahrungen auf dem Wohlfahrtssektor. Bei aller Bejahung der städtischen Fürsorge bleibe Grundsatz bei der ÖVP, daß Vorsorgen besser ist. Außerdem tritt er in der Fürsorge für die Zusammenarbeit mit privaten Institutionen ein.

Abschließend sagte GR. Dr. Fiedler, die ÖVP sei bereit, an einer großzügigen Lösung aller die Stadtverwaltung betreffenden Probleme aktiv mitzuarbeiten. Die Mehrheitsfraktion des Hauses werde eine Reihe von Grundsätzen über Bord werfen müssen, die ÖVP alles daransetzen, um auch weiterhin im Auftrag ihrer Wähler an der Entwicklung und Verwaltung Wiens Anteil zu nehmen. Diese Mitarbeit wird nicht nur materieller und wirtschaftlicher Natur sein, sondern auch geistig-seelische Gebiete einbeziehen. Besonders Wien ist als geistige Metropole eine Stadt von Weltgeltung. Wir alle wollen im Geiste österreichischer Humanität an dem Aufbau dieser Geltung weiter arbeiten, um so unser Vaterland Österreich und unsere Heimatstadt Wien in eine glückliche Zukunft zu geleiten. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Bock (SPÖ) spricht zunächst über den Unterschied zwischen dem Bundesbudget und dem Budget der Gemeinde Wien. Man sagt von beiden Budgets, daß sie "Wahlbudgets" wären. Das hohe Defizit im

Bundesbudget ist ein willkommener Anlaß, im Wahljahr ständig auf das Gespenst der Inflation hinzuweisen. Hier wird ein gefährliches Spiel mit der Angst getrieben! Es ist auch interessant, daß nur dann der Schilling gefährdet sein soll, wenn die Arbeiterschaft eine Forderung erhebt. Wenn es jedoch einen Kreis gibt, der an der Stabilität des Schillings interessiert ist, dann sind es vor allem die Arbeiter und die Lohnempfänger. (Beifall bei der SPÖ.) Man sollte daher mit der Methode "Haltet den Dieb!" Schluß machen. Das viele Reden über die Inflation ist viel gefährlicher, als es die Forderungen der Arbeiter sind.

Das Wiener Budget könne sich sicher in der Öffentlichkeit sehen lassen. Wenn man es ebenfalls als "Wahlbudget" bezeichnet, so wolle er, sagte der Redner, an das Wahlprogramm seiner Partei erinnern, das 1954 den Wählern vorgelegt wurde. Für seine Partei war dieses Programm kein Stück Papier, sondern richtungweisend für die kommenden fünf Jahre. Heute ist vielleicht Anlaß dazu, eine Zwischenbilanz über die bisherigen Leistungen zu geben. Wir haben heute schon nach vier Jahren das seinerzeit aufgestellte Programm restlos, teilweise sogar übererfüllt. (Beifall bei der SPÖ.) Der Redner führte dafür einige Beispiele an. Im Wahlprogramm wurde der Bau von 20.000 Wohnungen versprochen, tatsächlich sind 29.280 Wohnungen fertiggestellt worden. Dabei wurden die Wohnungsgrößen von durchschnittlich 48.9 auf 54.2 Quadratmeter erhöht. Versprochen wurden Kredite für den Bau von 10.000 genossenschaftlichen Wohnungen und Eigenheimen. 15.254 solcher Wohnungen konnten tatsächlich gebaut werden. GR. Bock führte dann noch andere Beispiele an, wie die Schaffung von Kindergärten, die Modernisierung von Spitälern, die Verschönerung von Gartenanlagen, Verkehrssanierungen, die Verbesserung der Straßen und der Beleuchtung und die Modernisierung des Jagenparkes der Verkehrsbetriebe. GR. Bock erwähnte außerdem die Modernisierung und den Neubau von Schulen. Auch der Bau einer großen Körperbehindertenschule wurde in Angriff genommen. Das versprochene städtische Museum konnte fertiggestellt werden. Dies zeigt, daß nicht nur das Jahr 1959 ein Jahr der Leistungen sein wird, sondern daß es auch alle die Jahre vorher waren. Was die Sozialisten im Jahre 1954 versprochen haben, werden sie halten, bzw. haben sie bereits

gehalten. Ein Jahr der Höchstleistungen auf kommunalem Gebiet war das Jahr 1958. Man denke an die Erstellung des Investitionsplanes, die Schnellbahn, Stadthalle, Museum, Jugendgästehaus, Körperbehindertenschule, und die verschiedenen Kreditaktionen, die erweitert werden konnten. Großes Augenmerk wurde auch dem sozialen Wohnungsbau zugewandt. Es wurde die Neue Wiener Wohnbauaktion geschaffen, Verkehrsregelungen, die Ringturmkreuzung und Südtiroler Platz, vollzogen, die Verhandlungen über den Bau des Allgemeinen Krankenhauses abgeschlossen, die Freudenaue Hafenerbrücke eröffnet. Wien hat sich schließlich auch um die Abhaltung der Olympischen Spiele beworben. Kürzlich hat Wien auch den Europapreis erhalten. Sehr zu begrüßen ist auch die Bestellung eines neuen Stadtplaners sowie die Schaffung einer Planungskommission und eines Fachausschusses. Man müßte sie für Wien planen lassen und nicht immer versuchen, in jede Planung politische Tendenzen hineinzutragen. Eine besondere Aufgabe der Presse wäre es, die Dinge nicht entstellt und verpolitisiert darzustellen.

Zur immer wiederholten Forderung nach dem Bau einer U-Bahn sei zu sagen, daß es sich hier ja nicht um die Frage handelt, ob wir eine U-Bahn brauchen oder nicht, sondern lediglich darum, wie die Mittel für den Bau aufgebracht werden könnten. Die Sozialisten wissen sehr genau, was es noch alles in unserer Stadt zu tun gibt. Die Stadtverwaltung könne jedoch nur im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten ein Projekt nach dem anderen in Angriff nehmen.

GR. Bock kommt sodann auf die Parlamentswahlen im kommenden Jahr zu sprechen. Er bedauert die Zusammenlegung der Nationalrats- mit den Gemeinderatswahlen, hofft aber, daß eine solche Zusammenlegung nicht auf die Dauer sein wird. Vom Standpunkt des Kommunalpolitikers muß die Koppelung von Kommunalwahlen mit Bundeswahlen abgelehnt werden. Er könne für seine Fraktion versichern, daß die Sozialisten den Wahlkampf in einer Atmosphäre der Sachlichkeit und Fairness führen werden. Die Sozialisten haben ihr Wahlprogramm erfüllt, sehr zum Unterschied von der Bundesregierung, die die Versprechen ihrer Regierungserklärung noch nicht eingelöst hat. Die Sozialisten können auch in Zukunft den Wienern versprechen, daß sie alles tun werden, um Wien zu einer wirklichen Heimat der

Wiener zu machen, zu einer Weltstadt der Freuden. Sie werden ihre Arbeit und ihre Ziele einer Kritik unterziehen, aber gegen Unsachlichkeit und gegen Gehässigkeit werden sie sich im Interesse der Wiener Bevölkerung zu wehren wissen. Die Sozialisten wollen der Wiener Bevölkerung dienen und ihren Bedürfnis nach Nahrung, Wohnung und Bildung gerecht werden. Diesen Wünschen trägt auch das Budget 1959 der Bundeshauptstadt Wien Rechnung. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Slavik teilt in seinem Schlußwort mit, daß 33 Gemeindeglieder in den öffentlich aufgelegten Voranschlag Einsicht genommen und 25 Erinnerungen abgegeben haben, die alle Verwaltungsgruppen betreffen und diesen auch zugewiesen wurden. Soweit sie seine Gruppe betreffen, ist zu sagen, daß über die Ertragsanteile heute noch nicht berichtet werden kann, weil die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Eine Erinnerung, die sich mit der Aufwertung von Altkronen beschäftigt, war in einer derart beleidigenden Form gehalten, daß sie heuer nicht neuerlich beantwortet wurde, weil dies ohnehin in den vergangenen Jahren geschehen ist.

Die Ausführungen des Gd.Lauscher in der Debatte beschäftigten sich hauptsächlich mit Bundesangelegenheiten und nur nebensächlich mit dem Wiener Voranschlag für 1959. Zur Frage des Mieterschutzes habe er, stellt Stadtrat Slavik fest, erst in der letzten Sitzung gesprochen. Es gibt kaum ein Land der Welt, das einen so ausgeprägten Mieterschutz wie Österreich hat. Die Sozialisten haben immer dafür gesorgt, daß die Interessen der Mieter geschützt werden. Zur Frage der Mietzinse für die besser ausgestatteten Wohnungen und daß damit den Hausbesitzern die Handhabe für die Einhebung von hohen Mieten gegeben sei, ist zu sagen, daß für Neubauwohnungen derzeit überhaupt keine Mietzinsbeschränkung besteht. Wenn die Stadt Wien den Mietzins mit zwei Prozent der Baukosten festgesetzt hat, so ist sie von der Überlegung ausgegangen, daß es zweckmäßig erscheint, die Wohnungen so auszustatten, daß sie auch noch in zehn oder zwanzig Jahren den Anforderungen entsprechen. Es muß jedoch festgestellt werden, daß die heute geltenden Mietzinse im kommunalen Wohnungsbau noch nicht die gleiche Höhe haben wie in der Ersten Republik, obwohl die heutigen Wohnungen viel besser ausgestattet sind.

Was den Umfang des Wohnungsbaues anbelangt, würde ich Gemeinderat Lauscher bitten, sich die Zahlen aus den verschiedensten Städten der Welt geben lassen, dann würde er sehen, daß Wien, was den sozialen Wohnungsbau betrifft, an erster Stelle steht.

Seine Ansicht über die kurzfristigen Kredite ist falsch. Es gibt bei den Genossenschaften keine 25-jährigen, sondern 67-jährige Kredite.

Wir könnten natürlich rascher zu neuen Waggons kommen, aber wir glauben, daß es im Interesse Österreichs und der Wiener Bevölkerung ist, wenn wir die Aufträge nach Möglichkeit österreichischen und im besonderen Wiener Firmen zukommen lassen.

Die Sicherheitsvorkehrungen auf den Straßen sind Gegenstand des Straßenpolizeigesetzes und damit wieder eines Bundesgesetzes.

Von einer Irreführung hinsichtlich des Baues des Allgemeinen Krankenhauses kann wohl nicht gesprochen werden, wenn diese Post von 30 Millionen so offen erläutert wird.

Über den Umbau des Rochusspitals in ein Altersspital laufen Verhandlungen, wir würden wünschen, daß es gelingen wird.

Beim Finanzausgleich handelt es sich nicht um ein Geschenk oder um das Wohlwollen des Finanzministers oder des Finanzministeriums, sondern es geht darum, daß festgelegt wird, wie die Gebietskörperschaften an den sogenannten gemeinschaftlichen Bundesabgaben beteiligt sind. (GR. Lauscher: In der Ersten Republik haben wir doch einen höheren Prozentsatz gehabt als jetzt!) Heute ist alles völlig anders. Ich würde Ihnen empfehlen, auch die Steuergesetze aus der Ersten Republik herzunehmen. Die Autonomie ist weitgehend ausgedehnt worden; es sind Steuern hinzugekommen, die nur den Gemeinden gehören, usw.

Wenn GR. Lauscher meint, daß die Mehrheit in diesem Haus die Interessen des arbeitenden Wien der Koalition opfert, dann glaube ich, daß sich die Mehrheit in diesem Haus nicht dem Urteil der Kommunistischen Partei zu unterwerfen hat. Bei uns ist Gepflogenheit, daß wir uns dem Urteil der Wähler unterwerfen und nicht dem des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs. Die Resolution gehört weder in den Gemeinderat noch zum Budget.

./.

GR. Lauscher hat vom Antikommunismus und vom sozialistischen Nachbarn gesprochen. Wir schätzen die Kommunistische Partei gar nicht so ein, daß wir so viel Antikommunismus betreiben müssen. Die Bevölkerung hat ein so eindeutiges Urteil über die Kommunistische Partei - wozu sollen wir uns noch anstrengen? Was aber die sozialistischen Nachbarn anbelangt, möchte ich sagen: Bolschewistische Staaten haben mit Sozialismus schon gar nichts zu tun. Die Bezeichnung unserer Nachbarstaaten als sozialistische Staaten könnte höchstens den Begriff Sozialismus diskriminieren. In Moskau wird unsere Haltung und Einstellung geachtet. Man muß gar nicht so ängstlich sein wie die Kommunistische Partei. (Heiterkeit bei der SPÖ). Ich glaube, daß wir unsere Aufgabe als Mittler zwischen Ost und West viel besser erfüllen, wenn wir unseren Weg gehen und nicht den, den uns die Kommunistische Partei empfiehlt.

Hierauf beschäftigte sich Stadtrat Slavik mit den Ausführungen des ÖVP-Gemeinderates Dr. Fiedler. Zu dem Vorhalt der ÖVP, daß ihre Mitarbeit zu wenig zum Ausdruck komme, erklärte er, daß dies nicht auf die Art der Verwaltung, sondern auf die Persönlichkeit ankomme. Je mehr jemand arbeitet, umso mehr muß seine Arbeit zum Ausdruck kommen (Beifall bei den Sozialisten - Zwischenrufe bei der ÖVP). Zu der weiteren Kritik sagte er, daß die Beamten der Gemeindeverwaltung auf objektive Weise ausgesucht und die Verantwortlichen sich dabei weitgehend von den leitenden Beamten beraten lassen, und daß die Wohnungsvergabe sehr gerecht vorgenommen wurde.

Was soll der Hinweis auf die Kommission beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds? Sie hat doch nicht die Aufgabe, zu bestimmen, welche Mieter in ein Haus kommen, sondern die Mittel zu bewilligen und die Baukosten zu überprüfen. Im übrigen hat die ÖVP noch gar nicht existiert, als die Gemeindeverwaltung den Eigenheimbau und den genossenschaftlichen Bau in der Ersten Republik bereits forderte. Wogegen wir uns bei Prinke wenden, ist, daß diese Aktion für die Ausgebombten geschaffen wurde und den Ausgebombten die Wohnungen entzogen und denen gegeben werden, die es sich leisten können. (Zustimmung bei den Sozialisten).

./.

Wenn wir im Zeitpunkt der Integration mit den anderen Ländern Schritt halten wollen, dann ist die Voraussetzung eine zweckmäßige Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Mit einem sozialen Krieg können wir den Anschluß nicht finden, sondern nur im sozialen Frieden. Deshalb haben wir uns auch bei der Lösung der Probleme der Gemeindeangestellten so bemüht!

Wenn man über den Bau der Untergrundbahn eine Volksabstimmung abhalten wollte, dann müßte man der Bevölkerung auch sagen, daß die 43 km, die in Wien geplant waren, jede Wiener Familie 17.000 Schilling kosten würden. (GR. Dr. Fiedler: Es werden nicht in einem Jahr 43 km gebaut!) Wenn die Volkspartei mithelfen könnte, beim Bund zu erreichen, daß er uns zusätzlich jene, etwa 500 bis 600 Millionen gibt, so verspreche ich Ihnen, wird unsere Fraktion dafür sein, diese Gelder nur für die U-Bahn zu verwenden.

Die ÖVP scheint weder den Rechnungsabschluß noch den Voranschlag gelesen zu haben, sonst würde sie nicht auf die Idee kommen daß wir jetzt bei der Stadt Wien große Kreditaktionen durchführen, vor allem würde sie nicht zu der Auffassung kommen, daß die lebende Generation das nicht zu tragen hat. Ein 25jähriger Kredit muß in seiner vollen Höhe in zwölf Jahren zurückgezahlt werden, in den nächsten dreizehn Jahren werden nur mehr die Zinsen gezahlt (GR. Mühlhauser: Aber es zahlt schon die zweite Generation mit!) Die zweite Generation zahlt nur mehr die Zinsen. Deshalb stehe ich genau so wie Stadtrat Resch auf dem Standpunkt, daß Kredite nur aufgenommen werden können, wenn die Zinsen und Rückzahlungen durch die Investitionen verdient werden. Es ist nicht daran gedacht, für die Stadt Wien Anleihen aufzunehmen.

Die Volkspartei hat 1955 die Tarifregelung abgelehnt. Diese hat aber den Verkehrsbetrieben 150 Millionen Schilling gebracht. (Stadtrat Dkfm. Nathschläger: Da sind Sie zu wenig informiert, sie haben weit weniger bekommen!) Ich möchte Sie bitten, den Rechnungsabschluß nachzulesen! (Stadtrat Dkfm. Nathschläger: Sie können nicht Ziffern bringen, die nicht richtig sind!)

Sie haben behauptet, daß die Tarifregelung 1955 mit dem 1.90 Schilling-Fahrschein nicht notwendig gewesen ist. Heute aber anerkennen Sie den 2.20 Schilling-Fahrschein. (Stadtrat Dkfn.

Nathschläger: In der Zwischenzeit sind 300 Millionen Personalmehrkosten entstanden!) Aber da haben Sie noch immer zu wenig, fährt Stadtrat Slavik zu Nathschläger gewendet fort. Seien Sie doch froh, daß Sie heute das Geld haben und die Stadtwerke modernisieren können, auch wenn Sie damals dagegen waren!

(Heiterkeit bei der SPÖ.) Es wurde auch behauptet, daß bei den Verhandlungen ein viel höherer Tarif von der SPÖ gefordert worden ist. Es wurde jedoch nie von einem anderen Tarif gesprochen, als er dann beschlossen wurde. Der Vorschlag: 2.20 S und 2 S in Vorverkauf war von mir, betont der Referent, und der Kurzstreckenvorschlag war ebenfalls eine Forderung von mir. (GR. Mühlhauser: Den habe ich in Gemeinderat eingebracht, da waren Sie noch gar nicht da!) Der Referent hält den Zwischenrufer entgegen, daß Stadtrat Nathschläger einen Kurzstreckentarif von 1.50 S verlangt hat. (Stadtrat Dkfn. Nathschläger: Das stimmt nicht!

GR. Schwaiger: Nicht die Russen, der Slavik hat alles erfunden!)

Was die zweite Verkehrsebene betrifft, sollten wir erst einmal das Urteil der Experten anhören, bevor wir Beschlüsse fassen. Die U-Bahn würde jedoch eine ungeheure Belastung für die Bevölkerung bringen. Außerdem gibt es auch Vorschläge für eine zweite Verkehrsebene über der ersten.

Der Referent warnte dann davor, sich von Auto versklaven zu lassen. Er glaube vielmehr, daß man das Augenmerk auf die Fußgänger richten müsse. (Beifall bei der SPÖ.) Er sei auch der Meinung, daß man alles gar nicht so aufgeregt sehen solle. Wenn man jedoch nicht zu einer Ordnung mit den parkenden Wagen kommen könne, sei die Schneesäuberung überflüssig. Man soll überhaupt nicht so tun, als ob im Ausland alles so herrlich wäre. Wenn man den Redner der ÖVP gehört hat, so scheint es überall schöner in der Welt zu sein als in Wien. In Wirklichkeit aber freut sich jeder Wiener wenn er wieder zurückkommt. In Paris gibt es die breitesten Straßen der Welt und trotzdem kommt man damit nicht mehr aus; oder denken Sie nur an Zürich, dort mußten Gartenanlagen verschwinden, um Parkmöglichkeiten für die Autos zu

schaffen. Ich weiß nicht, meinte Stadtrat Slavik, ob die Wiener mit solchen Maßnahmen einverstanden wären. Wenn man sich überlegt, daß der große Parkplatz beim Stadion 2.500 Wagen faßt, aber schon derzeit täglich 8.000 Wagen in der Inneren Stadt parken, so würden wir jetzt schon drei solche riesige Parkplätze brauchen. In fünf Jahren wären aber vielleicht schon fünf oder sechs solcher Parkplätze notwendig.

Stadtrat Slavik weist dann darauf hin, daß die Aufgaben der nächsten Jahre 8 bis 10 Milliarden Schilling erfordern werden, und zwar vier Milliarden für den Wohnungsbau, mehr als eine Milliarde für den Straßenbau und eine halbe Milliarde für das Allgemeine Krankenhaus, um nur einiges zu nennen.

Der Referent beschäftigt sich dann weiter mit den Ausführungen des ÖVP-Redners, die ihn an den alten Witz von dem Ausländer erinnern (die Nationalität wolle er verschweigen), der von einem Fiaker durch Wien geführt wird und beim Rathaus fragt, wie lange an dieses Bauwerk gebaut wurde. Auf die Antwort des Fickers: 20 Jahre, meint der Ausländer, bei ihm wäre das in fünf Jahren gebaut worden. Beim Parlament, dessen Bauzeit der Fiaker mit 15 Jahren beziffert, sagt er, bei ihm hätte man nur drei Jahre gebraucht. Bis schließlich bei der Frage nach der Bauzeit des Stephansturmes der Fiaker zur Antwort gibt, der Turm sei gestern noch gar nicht dagestanden. Auch der Redner der ÖVP tue so, als ob man alles über Nacht machen könnte. Es mag richtig sein, daß organisatorische Fehler geschehen, aber nicht die Stadtverwaltung baut, sondern die Baufirmen, und wenn da eine zu spät kommt, werden alle Pläne über den Haufen geworfen. Abschließend führt Stadtrat Slavik aus, wenn gesagt wurde, daß Wien Weltgeltung habe, so freue er sich darüber. Er müsse aber sagen, daß dieses Wien mit Ausnahme von elf Jahren von Sozialisten geleitet wurde. (Beifall bei der SPÖ.) Wir dürfen nur hoffen, daß der Vorschlag für das Jahr 1959 ein weiterer Schritt in eine glücklichere Zukunft ist! (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung über die Ansätze des zweiten Hauptstückes, Finanzwesen, wird das Budget dieser Geschäftsgruppe gegen die Stimmen der VO angenommen. Der Resolutionsantrag von GR.Lauscher (VO) wird gegen die Stimmen der VO abgelehnt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

179 Jubelpaare im Wiener Rathaus

=====

11.000 Ehejubilare seit 1945 - Eine Mutter und Großmutter
von 66 Kindern

16. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas beglückwünschte heute nachmittag im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses zwei Diamantene und 58 Goldene Hochzeiter zu ihrem Ehejubiläum. Er wünschte ihnen für die kommenden Jahre alles Gute und viel Glück in Kreise ihrer Familien. Zur Erinnerung an die Ehrung durch die Stadtverwaltung überreichte er jedem Paar ein Diplom. Die Ehrengabe der Stadt, eine Kasette mit Silbermünzen, ist den Jubilaren schon durch die Bezirksvorsteher in den Wohnungen überreicht worden. An der Feier im Rathaus nahmen mit Bürgermeister Jonas Vizebürgermeister Honay, Vizebürgermeister Weinberger, die Stadträte Bauer und Koci, die Bezirksvorsteher und die Familienangehörigen teil.

Unter den 60 Jubelpaaren, die heute im Rathaus geehrt wurden, befand sich auch das Diamantene Ehepaar Franz und Leopoldine Stubianek aus dem 7. Bezirk. Franz Stubianek war bis 1934 Wiener Gemeinderat und ist heute noch als Bezirksrat und Vorstand-Stellvertreter des Fürsorgeamtes auf dem Neubau unermüdlich tätig. Das zweite Diamantene Paar, Johann und Amalie Leitner, kam aus Favoriten.

Der 10. Bezirk war mit 17 "Goldenen" wie immer sehr ehrenvoll vertreten. Unter seinen Ehejubilaren befand sich die wahrscheinlich kinderreichste Familie Wiens. Wenzel und Rosalia Krakowitsch aus der Siedlung Wienerfeld-West haben 16 Kindern das Leben gegeben, mit denen im Haushalt des E-Werks-Angestellten noch elf Pflegekinder aufgewachsen sind. Die jetzt 67 Jahre alte Frau Rosalia ist Großmutter von 25 Kindern und hat auch schon elf Urenkel. Die älteste Pflegetochter ist auch schon Mutter von drei Kindern. Summa summarum: 66 Kinder, Pflegekinder und Kindes-kinder in einer Wiener Familie.

Für Mittwoch und Donnerstag sind weitere fünf Diamantene und 114 Goldene Ehepaare ins Rathaus eingeladen. Morgen, Mittwoch, werden als das 11.000. Wiener Jubelpaar seit 1945 der Straßenbahner Josef Salcher und seine Frau Anna aus Hietzing geehrt.

Auszeichnung verdienter Lehrpersonen
=====

16. Dezember (RK) Stadtschulratspräsident Dr. Zechner überreichte heute 40 verdienten Lehrpersonen eine ihnen vom Bundesminister für Unterricht verliehene Auszeichnung. Dr. Zechner würdigte in seiner Ansprache den Idealismus dieser Lehrpersonen, mit dem sie ihre beruflichen und gesellschaftlichen Verpflichtungen hervorragend erfüllen.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 16. Dezember
=====

15. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche keine. Neuzufuhren: Inland 5.970, Bulgarien 799, Jugoslawien 150, Polen 1.634, Ungarn 132. Gesamtauftrieb: 8.685. Verkauft alles.

Preise: Extremware 14 S, 1. Qualität 13.70 bis 14 S, 2. Qualität 13.30 bis 13.70 S, 3. Qualität 12.60 bis 13.30 S, Zuchten 12 bis 13 S, Altschneider 10.50 bis 12.20 S. Bulgarische Schweine 13 bis 13.20 S, jugoslawische 13 bis 13.30 S, polnische 13 bis 13.80 S, ungarische 13 bis 13.80 S. Der Durchschnittspreis für Inlandschweine erhöhte sich um 26 Groschen und beträgt 13.54 S, der Durchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich um 27 Groschen und beträgt 13.30 S je Kilogramm.

- - -

Fortsetzung des Berichtes über die Budgetverhandlungen:Geschäftsgruppe I: Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und
=====
Betriebsreform
=====

16. Dezember (RK) Über die Ansätze der Geschäftsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, referierte Stadtrat Rioner (SPÖ). Er stellt fest, daß das Personalreferat in diesem Jahre im Zeichen der Arbeitszeitverkürzung stand. Ab Mai 1957 wurde die Arbeitszeit um eine Stunde wöchentlich verkürzt, mit Jahresbeginn 1958 dann für den gleichen Bedienstetenkreis auf wöchentlich 45 Stunden herabgesetzt. Diese Maßnahme erfolgte nach Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten unter der Voraussetzung, daß die Verkürzung keine Mehrkosten und keine Personalvermehrung verursachen dürfe. Eine Reihe von Dienststellen konnte damals in diese allgemeine Regelung nicht einbezogen werden. Für diese wurden Sonderregelungen getroffen, so zum Beispiel für die Standesämter, das Marktamt, die Städtischen Büchereien, einen Teil der Kindergärten, die Bäder, die Stadtreinigung und die Müllabfuhr. Im Mai dieses Jahres konnte auch in den Wiener Stadtwerken die Arbeitszeit teilweise gekürzt werden. Für den Bürodienst wurde die Regelung des Magistrates eingeführt. Für den Betriebs- und Werkstättendienst in Gas-, E-Werk und bei der Bestattung mußten Sonderregelungen getroffen werden. In den großen Werkstätten, Magazinen und ähnlichen Dienststellen wurde, nicht zuletzt über Wunsch des Personals, die reine 5-Tage-Woche eingeführt. Auch diese Sonderregelungen, die vielfach eine Neuordnung des Schichtendienstes erforderten, konnten ohne Mehrkosten erzielt werden. Nur für das Betriebspersonal der Verkehrsbetriebe, das rund 9.000 Bedienstete umfaßt, konnte bisher noch keine tragbare Lösung gefunden werden. Die generelle Einführung der 45-Stunden-Woche für diese Gruppe würde die Vermehrung des Personals um 520 Personen erfordern und damit Mehrkosten von 20 Millionen Schilling jährlich verursachen. Gemäß dem mit der Gewerkschaft für die Arbeitszeitverkürzung vereinbarten Grundsatz, daß damit keine Vermehrung

des Personalaufwandes verbunden sein darf, ist man bemüht, alle Möglichkeiten für Ersparnisse bei den Verkehrsbetrieben zu eruieren und zur Bedeckung des allfälligen Mehraufwandes heranzuziehen. So konnten unter anderem Ersparnisse durch Verlängerung der Tragdauer der Dienstkleider, durch Verkürzung der Fahrzeit bei Straßenbahn und Autobus in frequenzschwachen Zeiten usw. erzielt werden. Verschiedene Reorganisationsmaßnahmen bei den Verkehrsbetrieben sollen gleichfalls zur Bedeckung des durch die Arbeitszeitverkürzung entstehenden erhöhten Personalaufwandes herangezogen werden. Es ist zu hoffen, daß es in nächster Zeit gelingen wird, auch beim Betriebspersonal der Verkehrsbetriebe die Voraussetzungen für die Einführung der 45-Stundenwoche zu schaffen.

Die zweite große Gruppe städtischer Bediensteter, bei der die Verkürzung der Arbeitszeit mit ganz besonderen Schwierigkeiten verbunden ist, sind die rund 10.000 Bediensteten der städtischen Kranken-, Wohlfahrts- und Erziehungsanstalten. Im Vordergrund des Interesses stehen dabei in erster Linie die 6.000 Krankenschwestern. Wohl sind für diesen Zweig im ablaufenden Jahr viele Verbesserungen erzielt worden: bestehende Nebengebühren und Zulagen wurden erhöht, neue Zulagen wurden geschaffen; eine Vermehrung der Dienstposten des Pflegepersonals ist eingetreten und zur Entlastung der Krankenschwestern wurde die Einführung von Stationsgehilfinnen auf allen besonders belasteten Stationen zugesagt. Seit August wird dieser neue Dienstzweig in zwei Krankenanstalten erprobt. Die Versuche haben durchwegs ein positives Resultat ergeben, sodaß mit der Verwirklichung dieser Zusage ab Jänner 1959 gerechnet werden kann. Neben diesen Verbesserungen und Erleichterungen für das Pflegepersonal muß auch für diese Gruppe eine günstigere Arbeitszeit angestrebt werden. Es ist dies eine Aufgabe von besonderer Kompliziertheit, die große Sorgen bereitet.

Weitgehende Verbesserungen für das städtische Personal hat die 13. Novelle zum Dienstrecht gebracht, die der Wiener Landtag im Juni dieses Jahres beschlossen hat. Die Novelle hat die Möglichkeiten der Anrechnung von Verdienstzeiten und von Behinderungszeiten weitgehend verbessert. Bis jetzt wurden mehr als 23.000

solche Ansuchen gestellt. Eine weitere Neueinführung, die mit ziemlichen Mehrkosten verbunden ist, ist die Jubiläumsgabe, die bei Erreichung von 25 Dienstjahren 50 Prozent, bei Erreichung von 40 Dienstjahren 100 Prozent eines Monatsbezuges beträgt. Es wurde der Gewerkschaft zugestanden, daß die Jubiläumsgabe im Ausmaß eines vollen Monatsbezuges schon ausbezahlt wird, wenn der Bedienstete nach Vollendung des 35. Dienstjahres in den Ruhestand tritt. Bis 30. November dieses Jahres haben beim Magistrat 1.461, bei den Stadtwerken 2.384 Bedienstete die Jubiläumsgabe erhalten. Es wurden hierfür 12 Millionen Schilling aufgewendet. In Laufe des Jahres wurden auch Verbesserungen der Entlohnungsverhältnisse der nach Kollektivvertrag entlohten Bediensteten durchgeführt. So zum Beispiel für die landwirtschaftlichen Arbeiter, für die Angestellten des Landwirtschaftsbetriebes und die Tagelöhner der Ökonomie der Erziehungsanstalt Eggenburg. Die Schichtlöhne der städtischen Forstarbeiter wurden um 4.8 Prozent, die Akkordlöhne um 1.5 Prozent, der Urlaubszuschuß um vier Stundenlöhne je Urlaubsstaffel erhöht. Der Kollektivvertrag der Arbeiter der Gewista hat eine allgemeine Lohnerhöhung um 10 Prozent erfahren. Für die Lastwagenfahrer wurde eine Leistungszulage von 210 Schilling, für die Mitfahrer und Springer eine solche von 85 Schilling monatlich eingeführt. Auch das Problem der Überstundenleistung konnte gelöst werden.

Die Lehrkräfte des Konservatoriums und der Musikschulen der Stadt Wien werden nach einem eigenen Schema entlohnt. Dieses wurde völlig umgebaut und bringt den Lehrkräften mit längerer Dienstzeit eine Höherreihung. Das bisher gezahlte Weihnachtsgeld an die Arbeiter der städtischen Bäckerei wurde in Kollektivvertrag verankert. Neu eingeführt wurde die Leistung von Jubiläumsgaben in selbem Ausmaß wie beim Magistrat.

In Frühjahr dieses Jahres wurden Verhandlungen mit den Spitalsärzten geführt. In den Argumentationen und der Propaganda der Arztforderungen erfolgten manche Übertreibungen, die die Grenze des Verantwortbaren zweifellos überschritten haben. Die Unzufriedenheit der Ärzte war eine allgemeine, sie erfaßte in gleichem Maße die an den Kliniken des Bundes tätigen Ärzte wie die Spitalsärzte in den Bundesländern.

Aber gestreikt sollte offenkundig nur in den Spitälern der Gemeinde Wien werden. Es streikten jedoch auch Spitalsärzte in den Bundesländern und vor allem die Ärzte an den Wiener Universitätskliniken. Demgemäß wurden die Verhandlungen über die Forderungen der Ärzte auf Bundesebene und unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers geführt. Am 12. Mai erfolgte der gemeinsame Abschluß im Bundeskanzleramt, durch den der Streik in den Spitälern beigelegt wurde. Nach diesem Abschluß erfolgten dann noch Verhandlungen auf Wiener Ebene zur Bereinigung jener Verhandlungsgegenstände, die ausschließlich Probleme der Wiener Gemeindespitäler und Wohlfahrtsanstalten betrafen.

Die Bezüge der Ausbildungsärzte erfuhren eine teilweise Neuregelung durch Schaffung einer 3. Gehaltsstufe für Sekundärärzte ab dem 5. Dienstjahr; auch die Bezüge der Assistenzärzte erfuhren durch Schaffung einer 3. Gehaltsstufe eine Erhöhung. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit einer Dienstzeitverlängerung für Ausbildungsärzte vereinbart, und zwar für Sekundärärzte um ein 5. und 6. Dienstjahr, für Assistenzärzte bis zu einem Ausmaß von insgesamt 14 Dienstjahren. Die Verlängerung der Dienstzeit soll bei dienstlicher Notwendigkeit und in Ausnahmefällen auch erfolgen können, wenn besondere soziale Rücksichtnahmen dies erfordern.

Für Ärzte, die dauernd an Stationen mit besonderer gesundheitlicher Gefährdung Dienst leisten, wurde ein erhöhter Urlaubsanspruch vereinbart. Als Neuerung sollen Assistenzärzte, wenn sie nach vollen 10 Dienstjahren aus dem Gemeindedienst ausscheiden, Anspruch auf Abfertigung im Ausmaß von 2 Monatsbezügen haben. Alle diese Verbesserungen sind mit 1. Juli 1958 in Kraft getreten.

Schon mit 1. Mai 1958 wurden auf Grund der gleichen Vereinbarung die neuen und erhöhten Nebengebühren wirksam. Es wurde die allgemeine Erschwerniszulage der Ärzte, durch die vor allem auch Mehrdienstleistungen abgegolten werden, von 200 Schilling monatlich auf 250 Schilling für Sekundärärzte bis zum 4. Dienstjahr; und von bisher 300 auf 400 Schilling monatlich für Sekundärärzte ab dem 5. Dienstjahr, sowie für Assistenzärzte erhöht. Die Nachtdienstzulage, die bisher 30 Schilling an Wochentagen, 40 Schilling an Sonn- und Feiertagen betragen hat, wurde auf 55 Schilling je Dienst für die ersten acht Nachtdienste und auf 75 Schilling für jeden weiteren Nachtdienst im gleichen Monat erhöht. ./.

Neu eingeführt wurde eine Sonn- und Feiertagszulage von 55 Schilling je Dienst, eine Infektionszulage für den Dienst auf Tbc- und Infektionsabteilungen von 150 Schilling monatlich und eine besondere Infektionszulage für den Dienst in Prosekturen und Radium-, Röntgen- und Isotopen-Stationen von 180 Schilling monatlich. Auch für die Anstaltsärzte wurden neue Zulagen geschaffen, so eine allgemeine Erschwerniszulage von 150 Schilling und eine Gefahrenzulage für Irrenärzte in der gleichen Höhe.

Im Gefolge dieser Bewegung der Spitalsärzte wurden Verhandlungen auch über Forderungen der Primärärzte eingeleitet, in deren Mittelpunkt der Wunsch nach teilweiser Höherbewertung der Dienstposten der Anstaltsdirektoren und Primärärzte steht. Diese Verhandlungen werden noch diese Woche fortgesetzt.

Bei dieser Gelegenheit muß den Primärärzten der Wiener Krankenanstalten, aber auch einer Reihe anderer Ärzte und dem gesamten Pflegepersonal unserer Spitäler für die Aufopferung gedankt werden, mit der sie während des Ärztestreiks ihren Dienst versehen haben! (Beifall bei der SPÖ).

Nach Beendigung der Ärztebewegung forderte auch das Pflegepersonal eine Neuregelung und Erhöhung seiner Nebengebühren und Zulagen. Vor allen Dingen die Erhöhung der Nachtdienstzulage. Sie wurde von acht auf sechzehn Schilling erhöht und eine Nachtpflegezulage von acht Schilling neugeschaffen, die für die Zeit der durch den Schwesternmangel entstandenen besonderen Erschwernisse im Pflegedienst zugestanden wurde. Es wurden auch alle anderen Nebengebühren überprüft und zum Teil ausgiebig erhöht. So wurde in der Gruppe der Gefahrenzulagen die Infektionszulage für die Dienstleistung an Tbc- und Infektionsabteilungen von monatlich 47 Schilling auf 150 Schilling erhöht. Die besondere Gefahrenzulage für Dienstleistungen in Prosekturen und Laboratorien sowie in Abteilungen für Strahlentherapie wurde von 47 auf 180 Schilling und die Bereitschaftszulage des Irrenpflegepersonals von 4.70 auf 16 Schilling je Bereitschaftsdienst erhöht. Gleichfalls erhöht wurden die allgemeine Erschwerniszulage sowie Erschwerniszulage und Nachtdienstzulage der Erzieher der Erziehungsheime der Stadt Wien. Eine Erleichterung wurde für das Pflegepersonal durch die Einstellung von Stationsgehilfinnen geschaffen.

Die Probedienstleistung hat sich sehr bewährt, sodaß ab Jänner 1959 weitere Stationen der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten mit Stationshilfen besetzt werden. Großes Augenmerk wurde auch der Verbesserung der Wohnverhältnisse der Krankenschwestern zugewendet. Im Budget des Jahres 1958 waren für diesen Zweck 2,9 Millionen Schilling vorgesehen, die auch verbraucht wurden. Erfreulich sind die verstärkten Anmeldungen zu den neuen Jahrgängen der Pflegerinnenschulen. Eine neue Institution soll diese Entwicklung noch fördern, nämlich die Einrichtung einer Vorschule für soziale Frauenberufe. Diese Schule soll die schulentlassenen Mädchen bis zur Erreichung des Eintrittsalters in Pflegerinnen- oder Fürsorgerinnenschulen erfassen und auf ihren künftigen Beruf vorbereiten. Mit der Eröffnung dieser Schule ist 1959 zu rechnen. Günstig wird sich auch die in Entwurf für ein neues Krankenpflegegesetz vorgesehene Bestimmung auswirken, nach der das Eintrittsalter in die Pflegeschulen auf das 17. Lebensjahr herabgesetzt werden soll. Als besonders erfreulich bezeichnet der Referent das Ergebnis der zweijährigen Nachschulungsjahrgänge für Hilfspflegerinnen. Den Absolventinnen dieser Lehrgänge, die neben ihrem Dienst und ihrer Hauswirtschaft zwei Jahre lang die Belastung durch die Schule auf sich genommen und bei den Prüfungen gut abgeschnitten haben, muß für das bekundete Berufsinteresse herzlichst gedankt werden. (Allgemeiner Beifall.)

Der Voranschlag sieht beim Magistrat einen Personalaufwand von 1.496,9 Millionen gegenüber 1.457,6 Millionen im Jahre 1958 vor. Die Gemeinde Wien ist mit einem Anteil von 30,4 Prozent Personalaufwand am Gesamtaufwand wahrscheinlich die billigste Personalverwaltung unter den Gebietskörperschaften. Beim Personalaufwand der Stadtwerke ist es noch günstiger. Er wird 1959 981 Millionen gegenüber 1.032,5 Millionen im Jahre 1958 betragen. Es ist also das Kuriosum eingetreten, daß ohne Personalabbau bei eher höheren Leistungen der Personalaufwand sinkt. Dementsprechend günstig ist auch das Bild des Personalaufwandes beim Magistrat und Stadtwerken zusammen. Das ist das Ergebnis einer Sparsamkeit, vor allen bei der Anstellung neuen Personals. Interessant ist, daß die Zahl der Pensionisten bei den Stadtwerken heuer zum ersten Male geringer ist als die der Aktiven.

Bedauerlich ist das Steigen der Zahl der Disziplinarfälle. In den ersten elf Monaten des Jahres wurden 404 Disziplinarverfahren durchgeführt, gegenüber 311 im Jahre 1957. 146 Disziplinarverfahren sind auf Verkehrsdelikte zurückzuführen, 35 auf Trunkenheit.

An 36 Sportler wurden Sonderurlaube mit vollen Bezügen im Ausmaß von 416 Arbeitstagen gegeben, an 9 Sportler Karenzurlaube im Ausmaße von 117 Tagen. Sonderurlaube wurden auch für gewerkschaftliche Schulungskurse sowie an städtische Ärzte, insbesondere Primar- und Fachärzte, gegeben. Großes Gewicht wurde auf die Weiterbildung und fachliche Ausbildung des Personals gelegt und Kurse für Akademiker und für Verwaltungs- und Kanzlei-beamte abgehalten. In der Verwaltungsakademie wurde wieder eine Reihe von Vortragsstücken abgehalten, und die Vorgesetztenschulung wurde planmäßig fortgesetzt.

Während andere Gebietskörperschaften mit dem Problem der Verwaltungsvereinfachung ringen, kann die Gemeinde Wien auf beachtliche Erfolge hinweisen. So ist es der Revisionstätigkeit der Amtsinnspektion zuzuschreiben, daß in den ersten neun Monaten dieses Jahres 140 Dienstposten eingespart werden konnten. Von 1947 bis 1957 wurden 1600 Dienstposten aufgelassen. Der Personalstand des Magistrates konnte von 1947 bis 1957 um 4090 Bedienstete gesenkt werden. Die gleiche erfreuliche Entwicklung ist bei den Stadtwerken zu verzeichnen. Im gesamten Gemeindebereich ist innerhalb von zehn Jahren eine Ersparnis von insgesamt 7.943 Bediensteten eingetreten. Die Reorganisation des Inkassos bei Strom und Gas hat allein 200 Bedienstete erspart. Demgegenüber weist der Bund eine Vermehrung des Personalstandes in den gleichen zehn Jahren um 35.000 Bedienstete auf. Man ist dort jetzt erst zur Überzeugung gekommen, man müßte den Personalaufwand reduzieren, um das nötige Geld für die Forderung des Personals nach dem 14. Monatsgehalt bewilligen zu können. Wir stehen seit jeher auf dem Standpunkt, unser Bestreben kann nicht sein, möglichst viele Menschen zu beschäftigen, sondern nur so viele, als zur Erfüllung der Aufgaben notwendig sind, diesen aber möglichst gute Bezüge und Arbeitsbedingungen zu gewähren.

Bei der Ergänzung des Personals haben wir infolge des Mangels guter Nachwuchskräfte Sorgen. Wir sind gezwungen, neue Mitarbeiter für die Verkehrsbetriebe im Wege des Zeitungsinserates zu suchen. Dabei ergibt sich, daß die meisten Bewerber in ungekündigter, oftmals sehr guter Stellung sind. Wahrscheinlich trauen sie der Konjunktur doch nicht so.

Abschließend sprach der Referent allen seinen Mitarbeitern den herzlichsten Dank aus. In diesen Dank schloß er namentlich Magistratsdirektor Dr. Kinzl, Generaldirektor Dr. Ing. Horak, Kontrollamtsdirektor Dr. Lachs, Obersenatsrat Dr. Parville und Senatsrat Dr. Wolschansky ein. Er dankte auch allen Bediensteten der Stadt und ihren Unternehmungen herzlichst für ihre Arbeit und ihre Dienstleistungen. (Allgemeiner Beifall).

Personaldebatte

GR. Maller (VO) kritisierte, daß den Bediensteten kein Einblick in die Dienstbeschreibung gewährt wird, und erklärte, zur Vermenschlichung der Verwaltung gehöre auch ein gutes Verhältnis zwischen den Bediensteten und der Verwaltung, wozu ein erster Schritt sein könnte, offen mit den Bediensteten über die begangenen Fehler, aber auch über ihre positiven Seiten zu sprechen.

Leider, so sagte er weiter, wird die Treue der Bediensteten von der Gemeinde nicht immer richtig entlohnt. Vieles, was vor dem Jahre 1934 eine Selbstverständlichkeit war, wird heute nicht mehr gewährt. So wäre es höchste Zeit, daß 14 Jahre nach Kriegsende eine zumindest auf der Basis von vor 1934 fußende Dienstkleiderordnung erstellt wird. Auch wäre es eine moralische Verpflichtung der Gemeinde, die bindende Zusage zu geben, daß zumindest 1959 der volle 14. Monatsbezug ausbezahlt wird. Die Gemeindebediensteten haben mit Recht erhofft, heuer den Vierzehnten zu bekommen.

Ein anderer Fragenkomplex: Die Arbeitszeitverkürzung. Sie wurde vor einem Jahr eingeführt. Das war eine gute Maßnahme, aber es gibt dabei Ungerechtigkeiten. So zählt der dienstfreie Sonntag als Urlaubstag, wenn ein Urlaubstag vorangeht. Als berstunden gelten erst jene, bei denen in 14 Tagen 96 Stunden Arbeitszeit überschritten werden.

Das sind kleinliche Maßnahmen, durch die der Gedanke der Arbeitszeitverkürzung herabgesetzt wird.

Für das Krankenpflegepersonal wurden zwar Erleichterungen geschaffen; sie reichen jedoch nicht aus, um zu einer Lösung des Problems zu kommen. Die Gemeinde Wien verlangt sehr viel, will aber die Leistungen des Personals mit einer unbefriedigenden Bezahlung und schlechter Aufstiegsmöglichkeit lohnen. Der Redner stellte einen Resolutionsantrag, jene Frauen durch Stipendien zu unterstützen, die sich als Krankenschwestern, Assistentinnen usw. ausbilden lassen wollen.

Der Redner fragt ferner, ob es nicht möglich wäre, die Anfangsbezüge bei bestimmten Bedienstetengruppen zu erhöhen. Er tritt weiter für eine Verbesserung der sozialen Sicherheit der Vertragsbediensteten ein und ersucht den Referenten, Gefahrenzulagen auch für die Bediensteten der Straßenpflege zu gewähren. Besonders hebt er den schweren Dienst des Personals der Verkehrsbetriebe hervor, das bei Unfällen vom Dienstnehmer nicht in Schutz genommen wird.

Es heiße immer, die Gemeinde Wien sei ein sozialer Dienstgeber. Aber die weiblichen Bediensteten werden vielfach schlechter behandelt als die männlichen; Schaffnerinnen werden nicht pragmatisiert u.a.

GR. Haller beschäftigt sich dann mit einigen konkreten Fällen. So berichtete er von einer Krankenschwester, die zwei Jahre vor Erreichung des Rentenalters gekündigt wurde, und von einem Vertragsbediensteten der Verkehrsbetriebe, der wegen seines Gesundheitszustandes entlassen wurde. Ein Gewerkschaftsfunktionär wurde versetzt, weil er nicht der SPÖ angehörte. In einem anderen Fall wurde die Vorrückung verhindert, weil der Mann einer Partei angehörte, die dem Stadtrat nicht genhm ist. Es gibt Dutzende Fälle dieser Art, versicherte GR. Haller abschließend. Seine Fraktion könne eine solche Personalpolitik nicht gutheißen und stimme daher den Ansätzen der Verwaltungsgruppe I nicht zu.

GR. Dr. Freytag (ÖVP) führt aus, das Kapitel I unterscheide sich von allen anderen dadurch, daß es sich hier nicht um Steine, Brücken und Ähnliches handelt, sondern um Menschen. Es geht gerade um jene Menschen, denen gegenüber die Gemeinde eine er-

höhte Verpflichtung hat, da sie ihre Arbeitskraft dem Dienst der Stadt Wien widmen. Die nüchternen Ziffern des Voranschlages können nicht das menschliche Moment in den Vordergrund rücken. Der Redner erneuert seine alte Forderung nach einem Stellenplan.

Der Redner spricht sodann über den 14. Monatsgehalt und nennt das Ergebnis das Optimum dessen, was zu erreichen war. Er erwähnt in diesem Zusammenhang einige historische Daten, so daß zum Beispiel im Jahre 1931 zum ersten Male die bis dahin 14 Monatsgehälter der Gemeindebediensteten mit Gemeinderatsbeschluß geschmälert wurden und es 1933 mit allen Vorteilen gegenüber den Bundesbediensteten vorbei war. Der Redner bemängelt, warum die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses I nicht zu den Angelobungsfeiern eingeladen werden. Es gehe auch nicht an, daß man einen neu aufgenommenen Bediensteten in Ante für die SPÖ werbe oder Sammlungen für politische Zwecke während der Dienststunden in den Büros durchführe und auch Bedienstete, von denen man weiß, daß sie einer anderen Partei angehören, nicht ungeschoren lasse.

Zur viel besprochenen Verwaltungsreform gehöre auch das Thema der Stellenausschreibungen. Mit den Ausschreibungen allein sei nichts gemacht, wenn nicht ein bestimmtes Forum, zum Beispiel die Mitglieder des zuständigen Gemeinderatsausschusses, über die Anstellung der einzelnen Bewerber entscheiden kann. (Beifall bei der ÖVP.) Der Redner verweist dann auf einige Einzelfälle, die nach politischen Gesichtspunkten behandelt wurden. Eine derartige Personalpolitik müsse seine Fraktion zurückweisen. Er verlangt auch eine Besserstellung der Bediensteten der Bezirksämter und Außenstellen, die nicht als Bedienstete zweiten Ranges behandelt werden dürfen. Eine weitere Forderung ist die Angleichung der Urlaube für Akademiker an die des Bundes. Ebenso sollte die Gemeinde bei Gewährung von Vorschüssen an ihre Bediensteten wie der Bund keine Zinsen verlangen. Einem Wunsch der Pensionisten, wenigstens jährlich einmal eine Abrechnung zu bekommen, müßte ebenfalls Rechnung getragen werden.

Die Bemühungen, das Betriebsklima zu verbessern, werden nur dann Erfolg haben, wenn man bestrebt ist, diese Gedankengänge über den bloßen wirtschaftlichen Rahmen hinauszuhoben und zu

einer wirklichen Humanisierung der Arbeit auf echter sozialer und ethischer Ebene zu kommen. So lange man den einzelnen Bediensteten nicht das Gefühl der wirklichen persönlichen Freiheit und der Freiheit von Angst gibt, werden Bestrebungen dieser Art immer fehlschlagen. Im Namen seiner Fraktion dankt der Redner allen Bediensteten der Stadt Wien für ihren wörtvollen und aufopferungsvollen Dienst im Interesse der Bevölkerung unserer Stadt. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Opravil (SPÖ) stellt fest, daß es im Jahre 1958 in Zusammenarbeit zwischen Dienstgeber und Dienstnehmer gelungen ist, verschiedene Wünsche, mit denen die Gewerkschaft schon vor längerer Zeit herantreten ist, zu erfüllen. Dadurch konnte ein wirklich gutes Betriebsklima geschaffen werden. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit hat die Gemeinde Wien den Bedürfnissen der Zeit Rechnung getragen. Die Schwierigkeiten waren gerade auf diesem Gebiet sehr groß. Es gibt auch jetzt noch Bedienstetengruppen, für die eine Arbeitszeitverkürzung nicht möglich war, weil ja die Gemeindeverwaltung auch auf die Wahrung der Interessen der Bevölkerung Rücksicht nehmen muß. In weiterer Erfüllung der Forderungen der Gewerkschaft wurde die Anrechnung der Vordienstzeiten verbessert, die Gewährung von Jubiläumsgaben und schließlich auch die erhöhte Sonderzahlung beschlossen. Ein großer Teil der Gemeindeangestellten weiß die Erfüllung all dieser Wünsche zu schätzen. Als besonders begrüßenswert bezeichnet der Redner die Abhaltung von Seminaren zur Fortbildung der Angestellten. Er bittet den Personalstadtrat dafür zu sorgen, daß diese ausgezeichneten Seminare auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Als sehr erfreulich bezeichnet er auch die Feiern anlässlich der Verabschiedung von Bediensteten. Diese Veranstaltungen sind für die Jubilare ein Erlebnis. Mit ebenso großer Freude werden die alljährlichen Ausflüge des Personalreferenten von den jungen Angestellten der Gemeindeverwaltung begrüßt. Der rein menschliche Kontakt wird sich nur zum Besten für unsere Bevölkerung auswirken.

Die Stadtwerke haben die Möglichkeit, Ferialpraktikanten unterzubringen. Leider werden die zur Verfügung stehenden Plätze nicht ausgenützt. Besonders schwierig ist es aber, Nachwuchs für die höherrn Gruppen, für die A-Beamtenstellen, zu bekommen. Ein Weg, aus dieser schwierigen Situation zu kommen, wäre die Verleihung von höheren Stipendien, die dann mit einer gewissen Verpflichtung gegenüber der Gemeinde Wien verbunden sein müßten.

Als GR. Opravil den VO-GR. Haller auf Grund dessen Kritik die Verhältnisse in jenen Staaten entgegenhalten wollte, wo dessen Parteifreunde verwalten, kam es zu lebhaften Zwischenrufen bei der VO und Gegenrufen bei den Sozialisten. Wir weisen es zurück, fuhr der Redner fort, als unsozial hingestellt zu werden.

Zu dem Vorhalt des ÖVP-Gemeinderates Dr. Freytag wegen den Neuaufnahmen erklärte der Redner: Wir könnten in Ausschuß darüber reden. Die Tatsache, daß GR. Freytag immer zur Budgetdebatte damit kommt, führt beinahe zu der Annahme, daß er die Budgetdebatte deswegen benützt, um zum Fenster hinaus zu sprechen. Wenn er weiter darauf hinwies, daß das 14. Gehalt bereits im Jahre 1931 gefallen ist, muß ihm entgegengehalten werden, daß damals schon begonnen wurde, auf der Dollfuß-Straße zu marschieren. Der Kritik wegen politischer Beeinflussung von Bediensteten hielt er entgegen, daß auch von Seiten des ÖMB in Zusammenhang mit der Definitivstellung eines Bundesbediensteten geraten wurde, dieser Organisation beizutreten. Es kann einmal in der Masse ein Fehler geschehen. Aber gerade in der Gemeinde Wien wird darauf gesehen, daß nach den Grundsätzen des Rechtes vorgegangen wird.

Schließlich wandte sich der Redner gegen die Darstellung einer Zeitung, wonach die Pragmatisierung Schuld am Defizit der Verkehrsbetriebe wäre, und verwahrt sich dagegen, auf Grund unrichtiger Annahmen zu versuchen, zwischen die Bevölkerung und die Angestellten dieser Stadt einen Keil zu treiben. Die Verwaltung hat jederzeit ihr Bestes getan, um im beiderseitigen Interesse, im Interesse der Bediensteten wie im Interesse der Bevölkerung, zu wirken. (Beifall bei den Sozialisten.)

In seinem Schlußwort erklärt Stadtrat Riemer, daß er sich, da GR. Haller zum Teil die Ausführungen des Dr. Soswinski aus dem vorigen Jahr wiederholt hat, auf sein vorjähriges Schlußwort be-

rufen könne. Wenn GR. Maller verlangte, man solle mit den Dienstbeschreibungen hinter den Rücken der Bediensteten aufhören, dann muß auf jene Länder verwiesen werden, wo die Kommunisten regieren. Dort wird hinter den Rücken mit dem Genickschuß vorgegangen, wenn man mit irgend etwas nicht einverstanden ist. Bei uns werden die Dienstbeschreibungen nur eingeholt, wenn man sie aus irgendeinem Anlaß braucht. Regelmäßige Dienstbeschreibungen lehnen wir grundsätzlich ab, weil sie überflüssig sind. Niemand hat auch gesagt, daß der Einmann-Betrieb auf der Stadtbahn ohne die technischen Voraussetzungen und Sicherungen eingeführt werden soll. Über die Tragdauer der Dienstkleider wird in jedem Einzelfall mit der Gewerkschaft verhandelt und darüber ein Vertrag abgeschlossen.

Dem GR. Dr. Freytag hält er entgegen, daß seinerzeit das 14. Gehalt nicht aus Bosheit der sozialdemokratischen Mehrheit, die das 14. Monatsgehalt erst geschaffen hat, reduziert wurde, sondern diese Beschlüsse unter dem Zwang der Verhältnisse gefaßt wurden, die damals durch die Reaktion in Österreich entstanden sind.

Bei Schaffung des Gehaltgesetzes 1956 wurde die Forderung nach dem 14. Gehalt zurückgestellt, weil man die Erhöhung der Bezüge der öffentlich Angestellten um 28 Prozent nicht in Gefahr bringen wollte.

GR. Maller ist überhaupt nicht besonders sachlich gewesen. So hat er von Luxus einer Generaldirektion der Wiener Stadtwerke gesprochen. Gerade die Zusammenfassung der vier Unternehmungen zu den Wiener Stadtwerken hat auch eine Zusammenfassung vieler Agenden mit sich gebracht, und diese Zentralverwaltung hat heute viel weniger Personal als seinerzeit die vier Unternehmungen für die gleichen Agenden gebraucht haben.

Gegen die Versuche mancher Bediensteter, sich einzelne Urlaubstage so zu nehmen, daß sie dann drei, vier oder fünf freie Tage haben, muß man sich selbstverständlich wehren, weil das ja ein Unrecht bedeutet gegenüber jenen Kollegen, die sich das nicht so einrichten können.

./.

Die Zeit von der 46. bis zur 48. Arbeitsstunde gilt natürlich nach wie vor als Arbeitszeitverpflichtung, und wenn in einzelnen Fällen eine Mehrdienstleistung bis zur 48. Arbeitsstunde notwendig wird, kann dafür keine Entschädigung geleistet, höchstens eine Arbeitszeitvergütung gegeben werden. GR. Maller hat auch prophezeit, daß die Erleichterungen im Pflegedienst ungenügend sein werden. Man kann sich natürlich immer mehr vorstellen. Wenn man aber vernünftig und verantwortungsbewußt ist, wird man auch als Bediensteter einsehen, daß die Gemeindeverwaltung eben nicht mehr leisten kann. Was die Kritik der Anfangsgehälter betrifft, so ist das Schema des öffentlichen Dienstes mit der Gewerkschaft vereinbart worden. Es wurde genau abgestimmt auf die verschiedenen Zweige des öffentlichen Dienstes und ist so konstruiert, daß der Angestellte nach Beendigung der Dienstzeit mit einem sehr schönen Gehalt in den Ruhestand tritt. Natürlich kann der Anfangsbezug bei einem solchen Schema nicht so hoch sein.

Was die Sicherung der Existenz der Vertragsbediensteten anlangt, so wurden mehr als zwei Drittel der Kündigungen wegen Erreichung der Altersgrenze ausgesprochen..

Der Referent weist ferner den Vorwurf zurück, daß das Personal vor allem das der Straßenbahn, von der Gemeinde nicht geschützt wird. Es ist noch keinem Straßenbahner vom Dienstgeber aus etwas geschehen, wenn es nach einem Verkehrsunfall noch möglich war, seine Existenz als Gemeindebediensteter zu retten.

Was die vom GR. Maller zitierten Einzelfälle betrifft, so wirken sie immer sehr dramatisch. Man kann aber damit nichts anfangen, weil die Akten nicht gleich zur Verfügung stehen. In dem einen Fall der Krankenschwester könne er sagen, daß sie 148 Krankentage in einem Jahr hatte. In dem anderen Fall einer Versetzung wurde der Mann von der Disziplinarkommission schuldig gesprochen. Er wurde aber vor allem deswegen versetzt, weil er nichts gearbeitet hat.

GR. Dr. Freytag hat lobende Anerkennung für die Personalpolitik der Stadt Wien gefunden. Der Referent meint, er messe dem mehr Bedeutung zu als seinen anderen Ausführungen. Was den Stellenplan betrifft, so müsse er immer wieder sagen, daß er Bestandteil des Voranschlages ist. Stadtrat Riemer betont auch nachdrücklich, daß von jedem Bewerber in den Gemeindedienst der polizeiliche Leumund überprüft wird. Nur bei untadeligem Vorleben wird der Betreffende aufgenommen. ./.

Stadtrat Riemer beantwortet dann in einzelnen verschiedenen Beschwerden und Bemängelungen des ÖVP-Redners. Die Vorschläge von GR. Opravil halte er für gut. Den Antrag von GR. Maller ersuchte er, den Magistrat zuzuweisen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des I. Hauptstückes gegen die Stimmen der VO angenommen. Der Antrag von GR. Maller (VO) wird einstimmig dem Magistrat zugewiesen.

Bürgermeister Jonas unterbricht um 18.45 Uhr die Sitzung.

Die Beratungen werden morgen, Mittwoch, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Mendl.

- - -